Nr. 46 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 26. Februar 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Sozialdemokratie und Hindenburg

Dr. Breitscheids Erklärung im Reichstag — Erst Abwendung der faschistischen Gefahr
Der Nationalismus schuld an Deutschlands Unglück — Scharfe Antwort an Groener

Berlin. Vor der Erklärung Minister Groeners über den Reichswehrerlaß nahm für die Sozialdemokraten Dr. Breitscheid das Wort. Er legte eingehend dar, weshalb die Sozialdemokratie in dem bevorstehenden Wahlkampf für den Kandidaten Hindenburg eintreten wird. Es gelte für die Sozialdemokratie, jetzt alle Kräfte auf die Abwendung der faschistischen Gefahr zu konzentrieren. Er werde denjenigen Kandidaten unterstützen, der die größte Aussicht habe, die Mehrheit der Stimmen zu bekommen. Breitscheid setzte sich auch ausführlich mit den Nationalsozialisten und dem Abgeordneten Dr. Goebbels auseinander, wobei es zu lebhaften Störungen von der Rechten kam, die schließlich dazu führten, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Vetter von der Sitzung ausgeschlossen wurde und nach weiteren Auseinandersetzungen die nationalsozialistische Fraktion und ein Teil der Deutschnationalen den Saal verließen.

Breitscheid betonte, daß das ungeheure Mißtrauen zwischen den Nationen nicht beseitigt werde, wenn Deutschland einen Reichspräsidenten habe, der an die Gewalt appelliere. Zum Reichswehrerlaß erklärte der Redner, er bewundere die Toleranz, die Groener gegenüber den Nationalsozialisten habe. Die Sozialdemokratie hoffe, daß der Minister diesen Erlaß ernstlich nachprüfe. Bei Befürwortung der Kandidatur Hindenburgs hatte der Redner sich mit lebhaften kommunistischen Zwischenrufen auseinander zu setzen. Er warf dabei den Kommunisten vor, daß ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie ein Kampf für Hitler sei.

Mißtrauensvotum gegen Switalski

Opposition und nationale Minderheiten gegen den Sejmmarschall.

Warschau. Die Mittwochsitzung des Warschauer Sejms begann mit der Behandlung des Mißtrauensantrages gegen den Sejmmarschall Switalski, der in einer der letzten Sitzungen durch seine einseitige Geschäftshandhabung diesen Antrag verursacht hat. Der Sejmmarschall gab sein Amt an den Vizemarschall Car ab, der ohne Debatte die Abstimmung des Antrages vornahm. Für ein Mißtrauensvotum stimmte die gesamte polnische Opposition, sowie die nationalen Minderheiten. Da sie im Sejm in der Minderheit sind, so fiel der Antrag durch, was auch vom Vizemarschall Car bestätigt wurde. Der Antrag hatte ja auch nur eine formelle Bedeutung, um die Unzufriedenheit mit der bisherigen Geschäftsführung des Marschalls zum Ausdruck zu bringen. Auf den Bänken des Regierungslagers wurde das Ergebnis lebhaft begrüßt. allerdings fiel es auch auf, daß gerade während der Abstimmung eine große Anzahl von Abgeordneten aus dem Regierungslager gefehlt hat.

Im Verlauf der weiteren Sitzung beschäftigt sich der Sejm mit einer Reihe von Anträgen, besonders aber mit der Arbeitslosenfrage, die der P. P. S.-Abg. Szerkoski eingebracht hat. Die Sitzung dauert bis spät in die Nacht und wird am Freitag fortgesetzt.



Vor dem Rücktritt des norwegischen Ministerpräsidenten?

Ministerpräsident Kolstadt-Norwegen, der seit mehreren Wochen erkrankt ist, soll jetzt sein Rücktrittsgesuch übermittelt haben.

Die Regierung verhandelt mit den Ukrainern

Wirtschaftliche Zugeständnisse als „Friedensschluß"?

Lemberg. Wie das ukrainische „Dilo", das Organ der Undo berichtet, soll zwischen Vertretern der Regierung und einigen Wirtschaftsorganisationen der Ukrainer eine Konferenz stattgefunden haben, die einen Ausgleich auf wirtschaftlichem Gebiet herbeiführen soll. Es ist der Beginn neuer Verhandlungen, die einen sogenannten Friedensschluß mit den Ukrainern versuchen. Welche Aussichten diese Konferenzen in Zukunft haben werden, ist noch nicht abzusehen.

Politische Grabesstille

Regierungen, die sich eins mit dem Willen des Volkes fühlen und diese Bürger auch zur Zusammenarbeit heranziehen wollen, bedürfen keinerlei Ausnahmegesetze, mittels deren man die eigene Macht mit Hilfe der Polizei zu festigen versucht. Bei jeder Gelegenheit hören wir, welcher Anerkennung auch im Ausland sich besonders das jetzt in Polen herrschende System erfreut. Der Bürger indessen, der jetzt von der Schaffung eines neuen Versammlungsgesetzes hört, welches am Dienstag im Warschauer Sejm beschlossen wurde, weiß, daß es nichts anderes ist, wie ein Schritt zur politischen Grabesstille in Polen. Die Versammlungen der politischen Parteien sind der „Obhut" der Polizei übertragen und wer das in der richtigen Gebrauchssprache anwendet, der kann getrost sagen, daß jede kommende öffentliche Versammlung von guter Laune der Behörden abhängig gemacht wird, dem Vorsitzenden ist das Hausrecht genommen, die Versammlungssprenger haben in Zukunft freie Hand. Das offene Wort, eine unbequeme Wahrheit ist der Polizei preisgegeben, die nicht mehr die Angelegenheit einem ordentlichen Gericht zu überweisen braucht, sondern jedes Versammlungsvergehen auf administrative Weise erledigt. Angeblich sind Mitgliederversammlungen noch nicht anmeldepflichtig, aber was eine Mitgliederversammlung ist, entscheidet wieder die Polizei. Und wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß damit nur die Opposition gegen das heutige System getroffen werden soll und selbst die glühendsten Preußenhasser, die Nationaldemokraten im Warschauer Sejm mußten zugeben, daß dieses „Versammlungsgesetz" noch die alten Preußengesetze in der Verfolgung der Opposition übertrifft.

Für Oberschlesien dürfte der Schlesische Sejm dieses Gesetz nicht annehmen, denn es können hier nur Gesetze eingeführt werden, die besser als die Bestehenden sind. Aber unterliegt es noch einem Zweifel, wie die Handhabung in Zukunft sein wird? Man kennt zwar noch nicht alle Einzelheiten der neuen Versammlungsbestimmungen, aber was aus den Verhandlungen in der Kommission und den Erklärungen der Opposition bei den Beratungen dieser Vorlage bekannt geworden ist, genügt, um darzulegen, daß es nur ein neuer Versuch ist, jede öffentliche Kritik des heutigen Systems zu unterbinden. Eine Kraftquelle für die heutige Regierungsweisheit ist es nicht, aber ein Maulkorb, für alle diejenigen, die sich eine andere Meinung über die politischen Verhältnisse in Polen bilden. Langsam, aber sicher ahmt man die italienischen Methoden nach, obgleich kein geringerer als Mussolini selbst, seine Nachbeter dringend davor warnte, seine Diktatur zu kopieren, da sie diesen Nachahmern zum Verhängnis werden kann. Es fehlt nur noch ein neues Pressedekret oder Gesetz, man hat ja die Mehrheit im „hohen Haus" und kann sie restlos ausnutzen, ob dies indessen zum Wohl der Bürger geschieht, darüber darf man nicht zweierlei Meinung sein, sie ist gegen die Mehrheit gerichtet, die nicht regiert, sondern kommandiert werden soll. Wenn der Redner der Opposition darlegt, daß man zu der heutigen Polizei kein Vertrauen haben kann, so nur deshalb, weil man sich auf die Worte des Innenministers früheren Datums, Skladkowski, berufen hat, der die Polizei unter Befehl und nicht unter die Ausführung des Rechts gesetzt hat. Wir glauben kaum, daß diese Dinge, wie sie jetzt an der Tagesordnung stehen, für das System Freundschaft werben können.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Anhänger des heutigen Regierungskurses noch lange nicht am Ende ihrer schöpferischen Staatskunst sind. Es gibt noch scheinbar zuviel Freiheit im politischen Leben Polens und darum muß es unter Kontrolle gesetzt werden. Aber gerade die heutigen Nationaldemokraten und Piasten haben alle ihre Wünsche auf der Tagesordnung, es sind zum Teil Projekte, die sie früher gegen die Linke anzuwenden sich sehnten. Die Sanacja ist die Vollstreckerin der reaktionären Methoden, die man besonders früher gegen die Minderheiten anzuwenden beliebte. Darum sollte man auch in der Kritik bescheidener sein. Wenn dieser Sejm, der die Versammlungsvorlage jetzt annahm, diese Praxis angenommen hat, dann nicht ohne Zutun der heutigen Opposition, wenigstens eines Teils, weil man damals in anderer Form die gleichen Bestrebungen zur politischen Machtausübung hatte. Heute hat sich nur die Situation verschärft, als selbst der beste polnische Bürger nicht loyal genug ist, wenn er nicht hundertprozentig dem System, das heute die Macht in Polen ausübt, ver-

Scharfer amerikanischer Protest gegen Japan

Stimson droht mit Nichtigerklärung des Washingtoner Flottenabkommens

Washington. Staatssekretär Stimson hat jetzt in einem Brief an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Borah, mittelbar auf die letzte japanische Antwortnote an den Völkerbundsrat geantwortet. Stimson wirft Japan vor,

absichtlich den Washingtoner Neun-Mächte-Vertrag verletzt zu haben.

Er fordert die Aufrechterhaltung der Politik der offenen Tür in China, andernfalls Amerika das Washingtoner

Flottenbeschränkungs-Abkommen für nichtig erklären werde.

Im Einzelnen legt Stimson dar, daß der Washingtoner Neun-Mächte-Vertrag einer von den vielen Verträgen und Abkommen sei, die die verschiedenen Mächte in Washington abgeschlossen hätten.

Diese Verträge seien voneinander abhängig und miteinander verwandt.

Keiner dieser Verträge könne mißachtet werden, ohne das allgemeine Einvernehmen und das Gleichgewicht zu stören. Der Neun-Mächte-Vertrag sichere allen Mächten dieselben Aussichten für den Handel im Fernen Osten und

schalte gleichzeitig eine Bereicherung einer fremden Macht auf Kosten Chinas aus.

Der Kelloggvertrag führte ein System von internationalen Gesetzen zur Regelung von internationalen Streitigkeiten auf friedlichem Wege nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit ein.

Der Schutz für China gegen einen Angriff von außen sei ein wichtiger Punkt in dieser Entwickelung gewesen.

Die Abrüstungspolitik der Vereinigten Staaten baut auf der Beachtung des Neun-Mächte-Vertrages, des Kelloggvertrages und auf der Politik der offenen Tür in China auf. Die Nichtachtung eines einzelnen Vertrages mache infolgedessen das ganze Vertragssystem hinfällig.

Die Innehaltung der Verträge hätte bestimmt die jetzige zugespitzte Lage im Fernen Osten verhindert.

Stimson ruft dann mittelbar die Weltmächte um Unterstützung an. Er verweist auf die Note der Vereinigten Staaten vom 7. Januar und erklärt, wenn die Weltmächte dieselbe Haltung wie die Vereinigten Staaten einnähmen, würden sie der amerikanischen Warnung zustimmen. Hierdurch würden wirkungsvoll künftige Versuche, Rechte und Ansprüche durch Vertragsverletzung und Druck zu erlangen, ausgeschaltet. Schließlich würden so, wie die Geschichte es beweise, die Rechte Chinas wiederhergestellt.

40 Bauern auf dem Dnjestr niedergeschossen

Bukarest. Am Mittwoch versuchten etwa 60 in Sowjetrußland lebende Bauern, den Dnjestr nach Rumänien zu überschreiten. Sie wurden von russischen Grenzwachen überrascht und lebhaft beschossen. Etwa 40 Tote und Verwundete blieben auf dem Eis des Flusses liegen. Die anderen erreichten das rumänische Ufer.

schrieben ist. Das Versammlungsgesetz ist nur ein Teil einer Gesetzgebung, die immer mehr die reaktionärsten Bestrebungen zu verwirklichen versucht. Jetzt kommt die Schule dran, und was alles noch bevorsteht, darüber vermag man sich noch kein eingehendes Urteil zu bilden. Eines ist sicher, Verankerung der Macht, restlose Herrschaft des heutigen Systems. Und solange dieses System da ist, wird es mit allen Machtmitteln des Staates verteidigt. Politische Grabesstille ist das Ziel dieser moralischen Sanierungsbestrebungen. Die Frucht jenes Parlamentarismus, der bis 1926 am Ruder war und das heutige System vorbereitet hat.

Demokratie wird zur Farce, wenn sie in die Hand von Reaktionären gelegt wird. Macht und Politik, in eines verbunden, kann weder den Bürgern, noch dem Staate dienen. Wir sehen den Zusammenbruch unserer Wirtschaft von Tag zu Tag, und man glaubt, daß man dem vorbeugen wird, wenn man die Wahrheit noch mehr einschränkt. Aber eine geschlossene Grube, ein stillgelegtes Werk, immer neue Steigerung der Arbeitslosen, lassen sich mit keinem Ausnahmegesetz verschweigen. Was nicht öffentlich gesagt werden kann, flieht ins unterirdische Getriebe der Gerüchte und an Gerüchten, besonders politischer Art, ist noch kein Staat gesundet. Man öffnet der Konspiration Tür und Tor, überträgt der Polizei „Ruhe und Ordnung" und wundert sich, wenn dann, innerhalb der Bürger, Meinungen auftauchen, die frühere Zeiten preisen. Man muß sagen, die Schöpfer des neuen Versammlungsgesetzes waren über die Stimmung des Volkes schlecht beraten, und die Regierung, die dieses Schutzes bedarf, kann sich nicht rühmen, im Einvernehmen mit dem Volke zu regieren. Doch nichts ist ewig, alles mit der Zeit dem Verfall preisgegeben, und das ist die einzige Hoffnung, die dem Bürger bleibt. Den neuen Tatsachen offen ins Gesicht geschaut, keine Ochrana unter der Zarenzeit konnte die Wahrheit unterdrücken und diese Wahrheit siegt überall, sie wird auch das neue Versammlungsgesetz überwinden. Aber wenn der Glaube an eine bessere Zukunft schwindet, so ist es nicht Schuld der Opposition, die unzufrieden ist, sondern Schuld des Systems, welches diese Unzufriedenheit nährt.

—ll.

Arbeitslosenunruhen in England

30 Verletzte in Liverpool.

London. Bei einer großen Arbeitslosenkundgebung in Bristol, an der 6000 Personen teilnahmen, kam es zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei. 30 Menschen, darunter ein Polizeioffizier und eine Frau, wurden verwundet. Die Menge trieb die Polizisten, die die Erwerbslosen an dem Marsch zum Rathaus hindern wollten, zurück, so daß diese ihre Knüppel anwenden mußten, wobei heftige Kämpfe um die mitgebrachten roten Fahnen entstanden.

In Liverpool mußte die Polizei gegen Erwerbslose vorgehen, die die Verhaftung von 21 Personen verhindern wollte.

Im Anschluß an eine große Kundgebung im Londoner Hyde-Park kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Polizei. Die Menge versuchte auf den Platz vor dem Parlament vorzudringen. Auf ein Raketensignal hin erschien plötzlich eine Anzahl von Detektiven, berittene und sonstige Polizei und vertrieb die Menge, die es aber erreichte, daß eine Abordnung von 8 Arbeitslosen im Unterhaus vorgelassen wurde, wo sie Besprechungen mit dem Führer der Opposition, Lansbury, und dem sozialistischen Abgeordneten Buchanan hatte.

Regierungsumbildung in Japan?

Tokio. Wie verlautet, steht eine Umbildung der Regierung Inukai bevor. Angeblich ist trotz des überwältigenden Sieges der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen die Bildung einer Art Koalitionskabinett beabsichtigt.

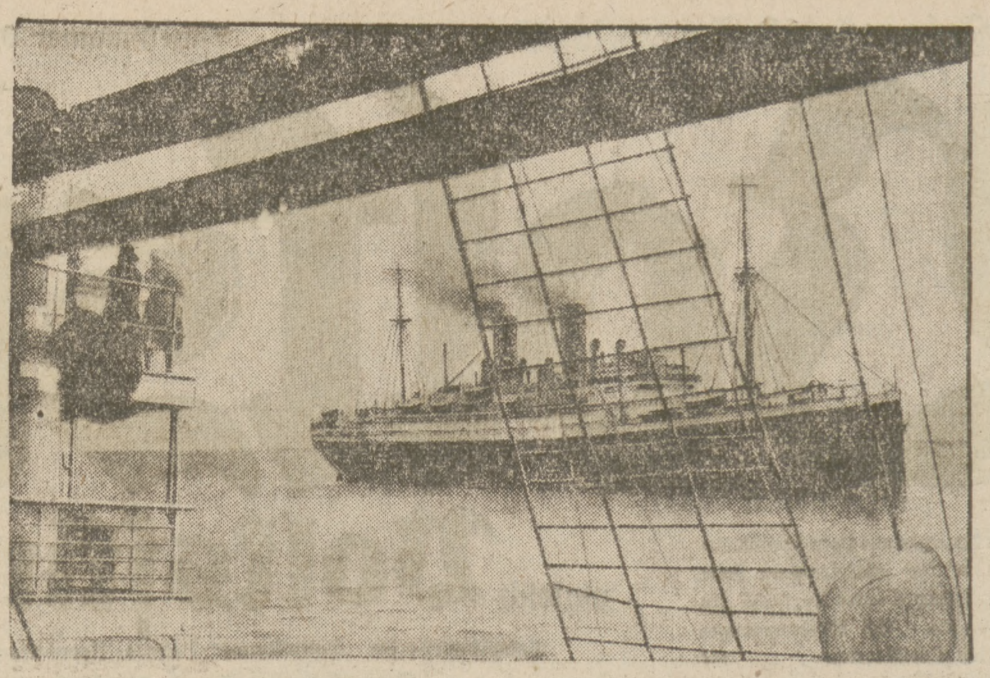
*

Tokio. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Umbildung des japanischen Kabinetts wird bekannt, daß der Finanzminister Takamashi, der sich wiederholt gegen weitere Truppenentsendungen ausgesprochen hat, zu denjenigen Regierungsmitgliedern gehört, die zurücktreten werden.



Reichstagsbeginn unter Polizeischutz

Um Ausschreitungen und Demonstrationen innerhalb der Bannmeile bei der Eröffnung des Reichstages vorzubeugen, war ein großes Aufgebot von Schupos vor dem Reichstagsgebäude eingesetzt worden. Wie unsere Aufnahme zeigt, war auch eine Abteilung berittener Schupo zur Stelle.



Meuterei an Bord eines deutschen Großdampfers?

Der deutsche Passagierdampfer „Sierra Cordoba", an dessen Bord nach amerikanischen Meldungen eine Meuterei ausgebrochen sein soll. Die Meuterer sollen beim Einlaufen des Dampfers in Santos den brasilianischen Behörden übergeben worden sein.

Das Ergebnis der Abrüstungsaussprache

Henderson optimistisch

Genf. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, faßte in der abschließenden Sitzung das Ergebnis der bisherigen dreiwöchigen Hauptaussprache zusammen und stellte fest,

daß die Erklärungen der Regierungen den übereinstimmenden festen Willen zu weitreichenden praktischen Ergebnissen gezeigt hätten.

Niemals hätte eine Konferenz noch so weittragende Hoffnungen geweckt, wie diese. Die Hauptaussprache habe Uebereinstimmung der Regierungen in einigen grundsätzlichen Fragen gezeigt. Große Meinungsverschiedenheiten beständen jetzt noch über die zur Abrüstung einzuschlagenden Wege voller Uebereinstimmung in der unbedingten Notwendigkeit einer Regelung der Angriffswaffen. Die Hauptaussprache habe gezeigt, daß die Regierungen

sich über die furchtbaren Auswirkungen der modernen Kriegswaffen völlig im klaren seien und daß ein neuer Krieg die Schrecken des Weltkrieges weit übertreffen werde.

Ein grundsätzlicher Einwand gegen den Abkommensentwurf des Völkerbundes sei nicht erhoben worden, obwohl gewisse Regierungen weitgehende Abänderungen und Verbesserungen des Entwurfes verlangen. Der Grundsatz einer wirksamen und praktischen Herabsetzung der Rüstungen könne in gleicher Weise, wie die Regelung der schweren Angriffswaffen von der Konferenz als angenommen angesehen werden. Nunmehr müßten die Arbeiten der einzelnen Ausschüsse beginnen.

Die schwerwiegende Frage der Sicherheit und der organischen Völkergemeinschaft ständen in engem Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage.

Den französischen und den übrigen Abordnungen sei für ihre klaren Vorschläge Dank ausgesprochen. Die große Gemeinsamkeit der Auffassungen der Regierungen und Völker in der Abrüstungsfrage berechtige zu der Hoffnung auf praktische weitreichende Ergebnisse.

Beginn der deutsch-französischen Abrüstungsauseinandersetzung in Genf

Genf. Der scharfe Vorstoß Tardieus im Konferenzausschuß hat allgemein großes Aufsehen erregt. Die an Nadolny gerichtete Erklärung Tardieus, daß Frankreich keinerlei Abänderung des Abkommensentwurfs des Völkerbundes zulassen werde, wird allgemein dahin verstanden, daß die französische Regierung nach wie vor uneingeschränkt an dem Artikel 53 des Abkommensentwurfs festhält, in dem die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages als eine grundsätzliche Voraussetzung eines jeden Abrüstungsabkommens aufrecht erhalten werden.

Die sachlichen Ergebnisse der Aussprache bestehen darin, daß zwar der Abkommensentwurf als der allgemeine Rahmen für die Verhandlungen angenommen worden ist, daß jedoch die Vorschläge der übrigen Abordnungen, und somit auch der deutsche Vorschlag gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfs zur Verhandlung gestellt werden.

Litauischer Panzerzug nach Memel unterwegs

Krottingen. Wie verlautet, ist der litauische Militärpanzerzug, der bei Kowno stationiert ist, nach Memel in Marsch gesetzt worden. Er soll offensichtlich zur Unterstützung der Aktion dienen, die von litauischer Seite gegen das Memelgebiet durch Verteilung von Zivilkleidern in den Kasernen und Ausgabe von scharfer Munition vorbereitet wurde. Als Vorwand wird von litauischer Seite für die Entsendung des Panzerzuges angegeben, daß man deutsche Aktionen von Ostpreußen her befürchtet und das Memelland dagegen schützen müsse.

Frankreich und der Bruch der Memelkonvention

Genf. Wie von gut unterrichteter französischer Seite verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, nach vorhergehender Verständigung mit den drei übrigen Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention, Italien, England und Japan, dem Antrag der deutschen Regierung auf Einleitung eines Klageverfahrens gegen die litauische Regierung stattzugeben. Die Verhandlungen zwischen den vier beteiligten Regierungen sind zur Zeit noch im Gange. Man erwartet jedoch in französischen Kreisen, daß die vier Staaten bereits in der nächsten Zeit den Antrag beim internationalen Haager Gerichtshof stellen werden, ein Verfahren gegen Litauen wegen Bruches der Memelkonvention zu eröffnen. Maßgebend für die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage dürfte die Auffassung sein daß Frankreich eine Verletzung eines internationalen Abkommens nicht zulassen könne.

Zollzusammenschluß der Randstaaten?

Reval. Das estländische Außenministerium veröffentlicht eine Verlautbarung, wonach Estland an Litauen, Finnland und Lettland den Vorschlag der Unterzeichnung eines Zollfriedensprotokolls gemacht habe. Nach diesem Protokoll sollen sich die Vertragspartner verpflichten, untereinander keine neuen Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen vorzunehmen. Falls in Zukunft eine solche Maßnahme dennoch notwendig sein sollte, so ist den beteiligten Staaten rechtzeitig davon Kenntnis zu geben, so daß die Möglichkeit vorheriger Verhandlungen offen bleibt. Die estländische Regierung hofft, durch ein solches Abkommen die Handelsbeziehungen zwischen den baltischen Staaten zu festigen und als Endziel eine völlige Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zu erreichen. In der Verlautbarung wird ausdrücklich erklärt, daß der estländische Vorschlag nicht auf den Abschluß einer Zollunion hinauslaufe.

In Estland selbst wird diese Anregung der Regierung skeptisch beurteilt. Der Entwurf geht wahrscheinlich auf das Beispiel der Osloer Konvention zurück, doch dürfte die estländische Anregung noch weit weniger praktische Aussichten haben als das Osloer Abkommen.

Die Erstürmung von Kiangwan noch nicht bestätigt

London. Ueber die Kampflage bei Kiangwan liegen sich widersprechende Meldungen vor. Die Nachricht, wonach die Japaner Kiangwan von neuem erstürmt hätten konnte bisher noch nicht bestätigt werden. Tatsache ist, daß am Mittwoch ein neuer japanischer Angriff nach Artillerie- und Fliegervorbereitung einsetzte. Der japanische Vorstoß soll jedoch erfolglos gewesen sein.

Eine Erklärung des japanischen Hauptquartiers in Schanghai bezeichnet alle Nachrichten über irgendwelche größeren japanischen Angriffe am Mittwoch als unrichtig.

63 v. H. Kollektivbauern

Moskau. Am Dienstag ist in Moskau eine Tagung der Kollektivwirtschaften eröffnet worden, die über die Erhöhung der Ernteergiebigkeit beraten soll. Wie der Vorsitzende der Zentralbehörde der Kollektivwirtschaften in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, sind zur Zeit über 16 Millionen Bauernwirtschaften kollektivistisch zusammengefaßt, was einem Verhältnis von 62 bis 63 v. H. aller bäuerlichen Wirtschaften entspricht.



Die Führer des Kuratoriums zur Wiederwahl Hindenburgs

Links: Geheimrat Duisberg-Leverkusen, der bekannte Industrie-Führer, der Vorsitzende des Kuratoriums. — Rechts: Landrat a. D. Gereke, M. d. R., der Vorsitzende des Arbeitsausschusses des Kuratoriums. — Das Kuratorium des Hindenburg-Ausschusses, das die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten fördern will, hat sich konstituiert.

Wird Warschau den Ruf Schlesiens hören?

Der Schlesische Sejm an der Arbeit — Projekte, die nicht helfen werden — Was gedenkt die Regierung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit zu tun? — Wie steht es mit der Durchführung von Gesetzesbestimmungen?

Die Galerie des Schlesischen Sejms ist brechend voll. Angestellte der Kommunen und der schlesischen Behörden sind am meisten interessiert, ob der Sejm doch den weiteren Abbau der Wojewodschaftszulage billigen wird. Die gleichen Beamten, die bei den Wahlen diesem System die treueste Wahlarbeit geleistet haben, erhalten heute den Lohn, in Form einer Reduzierung ihrer Bezüge, um 20 Prozent. Nur die Sozialisten und der Korfantyklub äußern sich zu diesen heiklen Fragen, lehnen den Abbau ab, die Sanatoren sind unter die großen Schweiger gegangen, sie sind die eigentlichen Angeklagten, durch die Anträge ihres obersten Führers in der Wojewodschaft. Man will auf einmal alles tun, ist besorgt um die Arbeitslosen, will Gesetze erweitern und einführen, nachdem sie im Endeffekt nutzlos sind, denn, wo der Industriefriedhof blüht, da kommen solche Sanacjagesetze reichlich spät. Als dies der Sejm forderte, hat man sie im Warschauer Papierkorb ruhen lassen, heute spielen sie den letzten Rettungsanker. Schutz der Arbeit Jugendlicher, jawohl, auf dem Papier, in der Praxis kümmert sich weder der Teufel, noch der Arbeitsinspektor um die Gesetze, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge ist geradezu unerhört. Ob es Schlosser oder Friseure sind, ob es Bäcker oder Kaufleute sind, auch der Arbeitsinspektor denkt daran, daß Gesetze dazu da sind, damit sie umgangen werden. Wieder sind es nur die Sozialisten und der Korfantyklub, die auf diese katastrophalen Zustände hinweisen, Sanatoren und Deutsche schweigen sich aus, dafür wird dann in Versammlungen groß berichtet, welche aufopfernde Arbeit man im Dienste des Volkes verrichtet, als Klub der großen Schweiger.

Die Arbeitslosen sahen sich im Besuch der Galerie nicht enttäuscht. Ein Antrag des Korfantyklubs fordert, daß die Regierung und der Wojewode darüber Auskunft geben, wie man der Arbeitslosigkeit steuern kann. Bei der achtprozentigen Lohnreduzierung hat die Schiedskommission ausdrücklich festgestellt, daß die Löhne im Interesse der Arbeiterschaft abgebaut werden müssen, um weitere Arbeitsreduzierungen und Betriebsstillegungen zu vermeiden. Es sind erst knapp 4 Wochen vergangen, und es liegen bereits Anträge beim Demobilmachungskommissar vor, die einen weiteren Abbau von etwa 20 000 Arbeiter fordern, 7 000 sollen zum Teil schon in der nächsten Zeit gehen, ein großer Teil geht auf Turnusurlaub. Noch ist kein Ende dieser Abbauwelle vorauszusehen, aber schon liegen Memorials der Arbeitgeber auf weiteren Lohnabbau vor, man will auf die geforderten 21 Prozent kommen und bombardiert den Demobilmachungskommissar mit Anträgen, um die Regierung in die Enge zu treiben, damit sie den Lohnabbau billigt. Sie finden, die Herren Arbeitgeber, ein williges Ohr. Und wozu sind Gesetze da, damit sie nicht berücksichtigt werden! Der Korfantyklub fordert vom Wojewoden, daß eine Anzahl Beamte, die öffentliche Aemter bekleiden und zugleich Abgeordnete sind, im Widerspruch mit verschiedenen Bestimmungen der Wahlordination sind, zu Unrecht noch ihre Aemter bekleiden, statt anderen Arbeitslosen, Platz zu machen. Man kann neugierig sein, wie sich der Wojewode dazu stellen wird, handelt es sich doch um ausgesprochene Sanatorenlieblinge: Die Dr. Kocur, Grzesik, Syska und viele anderen.

Entgegen allen Erwartungen, hat man im Sejm auch gezeigt, daß es im ruhigen Tempo gut geht. Die Erregung bei der Rechten ist gefallen, man hat so seine Sorgen mit den Versprechungen bei den Wahlen und der rauhen Wirklichkeit, und in Schlesien können die Sanatoren noch nicht alle Anträge totschweigen und die Opposition hinwegstimmen. Die Galerie aber wirds dem Nachbarn sagen, was sie von der Sanacja zu erwarten haben.

*

Mit ziemlicher Verspätung eröffnet Vizemarschall Kendzior die Sitzung und erteilt, nach Erledigung der üblichen Formalitäten, dem Abg. Koj das Wort, der die Anträge auf Aenderung der Ortschaft „Goczalkowice Dolne“ in „Goczalkowice Zdroj“, billigt und die Einverleibung der Gemeinde „Bobrek“ in die Stadtgemeinde Cieczyn, was die Billigung des Plenums findet. Abg. Frank referiert dann über die Wünsche der Sozialkommission, die, zur Abänderung einiger überholter Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, von der Warschauer Regierung fordert, nachdem der Schlesische Sejm diese Kompetenzen nicht besitzt. Eine entsprechende Resolution, die auch die

Entsendung von Betriebsräten in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaft

fordert, wird angenommen und der Warschauer Regierung übermittelt. Abg. Bronzel fordert in einem weiteren Antrag, die Schaffung einer

Dienstpragmatik für die Zivilbeamten,

deren Tätigkeit heute noch auf früheren Bestimmungen preußischer und österreichischer Gesetze beruht, ferner, daß dem Sejm auch ein Gesetz, betreffend der Disziplinarverfahren, unterbreitet wird. Auch hier stimmt das Plenum den Anträgen der Kommissionen zu.

Eine Debatte löst der Antrag, auf

Herabsetzung der Wojewodschaftszulage um 20 Prozent bei den Kommunalbeamten

und den niederen Funktionären der Wojewodschaft aus. Als erster spricht sich der Abg. Brzeskot gegen diesen Antrag des Wojewoden aus und verweist auf diese Ungerechtigkeit, die gerade in dem Moment vollzogen werden soll wo die Preise für tägliche Bedarfsartikel in die Höhe gehen, und merkwürdigerweise findet sich da keine Inderkommission, die diesen Wucher feststellt.

Die Sozialisten gegen die Verschärfung der Krise

Abg. Machej erklärt, daß es eine Ironie des Schicksals ist, daß

gerade die Beamten von der Herabsetzung der Wojewodschaftszulage betroffen werden sollen, die bei den Wahlen eine eifrige Propaganda für das heutige System betrieben haben. Der Dank des Vaterlandes ist ihnen mit dem Abbau gewiß. Die Sozialisten haben sich bereits, während der Budgetdebatte, gegen jede Reduzierung der Bezüge ausgesprochen

und finden das Vorgehen unerklärlich, nachdem man so viel vom freudigen Schaffen sprach. Hier Gehaltsabbau und zugleich Preissteigerung, das sind doch Dinge, die unerklärlich sind. Wir sind indessen davon nicht überrascht, denn die Opfer werden nur von den breiten Massen gefordert. Heute reichen bei den niedrigeren Funktionären die Bezüge kaum zur Bestreitung der Lebenshaltung aus, von der Anschaffung von Beheizung, Bezahlung der Wohnungsmieten und Beschaffung von Bekleidung, kann kaum gesprochen werden. Diese Ungerechtigkeit darf nicht Wirklichkeit werden. In der Kommission werden wir zu dieser Frage noch ausführlich Stellung nehmen, aber wir erklären schon heut, daß

wir gegen diese Anträge stimmen werden.

Der Antrag des Wojewodschaftsrats, bezüglich der

Einführung der polnischen Waldschutzgesetzgebung,

die auch auf Oberschlesien ausgedehnt werden soll, wird nach kurzen Erklärungen des Abg. Brelinski der Agrarkommission überwiesen.

Jugendschutz und Arbeitszeitverkürzung

behandeln die Anträge des Wojewodschaftsrats, betreffend Einführung der Gesetze auch auf Oberschlesien. Hierzu ergreift zunächst Abg. Brzeskot das Wort und führt eine Reihe von Beschwerden auf, die sich aus diesen Anträgen ergeben und weist auch auf die Gefahren hin, die die fortgesetzte Arbeitslosigkeit erzeugt. Er wendet sich gegen die Einführung von Turnusarbeit, da hier die Arbeiterschaft, besonders in sozialer Hinsicht, geschädigt werden kann.

Abg. Machej erklärt, daß die fraglichen Gesetze in Teschen-Schlesien bereits in Geltung sind. Aber leider müsse er, besonders bezüglich der Jugend sagen, daß

dieser Schutz gar nicht gehandhabt

wird. Höchstens, wenn der Meister den Lehrling einmal zur physischen Erziehung in den „Strzelec“ schickt, weiß man von den Lehrlingen, sonst

kümmert sich kein Arbeitsinspektor um die Ausbeutung der Jugend durch gewisse Meister, man hat den Eindruck, daß dieser Mißbrauch jugendlicher Arbeiter direkt amtlich geduldet wird.

Und nicht anders verhält es sich mit dem achtstündigen Arbeitstag. Gerade bei den öffentlichen Arbeiten durch die Wojewodschaft, wird dieses Gesetz mißachtet, beim Bau der Deiche im Weichselgebiet hat man, ohne Ueberstunden, sogar 12 Stunden arbeiten lassen, erst durch Gerichtsverfahren ist eine Nachzahlung seitens der Gewerkschaften, erreicht worden. Aber auch heute werden

für die Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten keine Arbeitslosenbeiträge gezahlt,

so daß sie dann ohne Unterstützung dastehen, wenn sie der Arbeit verlustig gehen. Das sind unhaltbare Zustände, und es wirkt geradezu lächerlich, wenn man jetzt mit Anträgen kommt, wenn die Betriebe still liegen. Helfen wird man den Arbeitslosen damit nicht, denn als der Sejm schon vor Jahren das polnische Achtstundengesetz für die Wojewodschaft forderte, blieb alles in Warschau unberücksichtigt.

Der Demobilmachungskommissar hat hier ja schon alle Rechte, aber er wendet sie nur zugunsten der Federacja Pracy an,

damit deren Mitglieder in Arbeit bleiben. Mögen die Behörden nur die heutigen Bestimmungen innehalten, dann kann schon etwas getan werden. Auch hier werden wir in der Kommission noch unsere Wünsche vorbringen.

Bei der Verstaatlichung des Scharleyer Gymnasiums, welches die Wojewodschaft beantragt, fordert Abg. Sosinski, daß man auch das Siemianowitzer Gymnasium verstaatlicht, wenn schon etwas unternommen werden soll, soll doch wenigstens gründliche Arbeit geleistet werden. Der Antrag, betreffend der Jugendfürsorgeheime, wird, nach einem Bericht des Abg. Syska, erneut der Sozialkommission überwiesen.

Hierauf teilt der Sejmmarschall mit, daß ein Dringlichkeitsantrag des Korfantyklubs eingelaufen ist, der von der Warschauer Regierung und dem Wojewoden fordert,

wie es möglich ist, daß immer wieder neue Arbeitsreduzierungen vom Demobilmachungskommissar gefordert werden,

nachdem bei der letzten Lohnreduzierung durch die Schiedskommission ausdrücklich betont wurde, daß der Lohnabbau vor allem weitere Arbeitslosigkeit vermeiden und auch künftige Lohnreduzierungen unterbinden soll. Im gleichen Sinne wird die Dringlichkeit des Antrages vom Abg. Sikora begründet und der Antrag der Sozialkommission überwiesen.

Eine Interpellation des gleichen Klubs fordert Auskunft, warum gewisse Bestimmungen der Wahlordination nicht für Kommunal- und Staatsbeamte innegehalten werden, die

dem Abg. das Behalten staatlicher Aemter und Posten untersagen.

Die Interpellation verweist auf den Stadtpräsidenten Kocur, auf den Bürgermeister Koj und Grzesik, auf einige Schulleiter und wünscht, daß sich der Wojewode dazu äußern möge. Die Interpellation wird dem Wojewoden überwiesen.

Nach der Verlesung einer Reihe von Petitionen und deren Ueberweisung an die fraglichen Kommissionen, wird die Sitzung gegen 5½ Uhr geschlossen, die nächste Sitzung ruft der Marschall schriftlich ein.

Ein blutiger Tag in Friedenshütte

Ortsfremde wollen Niederlegung der Arbeit erzwingen — Polizeiliche Abwehr erforderte Todesopfer Mehrere Schwerverletzte — Die Folgen einer verfehlten Unterstützungsauszahlung

Die Lage in Friedenshütte wird von Tag zu Tag immer bedrohlicher. Die Arbeiterschaft steht durch die Stillegung völlig mittellos da. Jegliche geldliche Unterstützung fehlt. Niemand kümmert sich „so gut“ um das Los der Arbeiter, wie die Polizei. Täglich sammeln sich große Menschenmassen am Hüttenamt und fordern die Kurzarbeiterunterstützung.

Die Auszahlung dieser Unterstützung wurde bis jetzt immer in die Länge gezogen.

Lediglich am Dienstag und Mittwoch wurde eine Unterstützung ausgezahlt. Es kam aber nur ein verschwindend kleiner Teil in den Genuß dieser Unterstützung. Die anderen gingen leer aus. Es ist daher verständlich, wenn die Massen immer unruhiger werden.

Am Mittwoch nachmittags gegen 3 Uhr, sammelten sich Tausende von Menschen, Männer und Frauen, auch Kinder sah man am Hüttentor 1.

Plötzlich stürmten gegen 200 Mann in die Hütte hinein, und vertrieben die wenigen dort anwesenden Arbeiter. Die Betriebe wurden zum Stillstand gezwungen. Eisenstangen wurden zwischen die Walzen gelegt und dadurch zum Stehen gebracht.

Die Arbeiter verließen fluchtartig die Betriebe. Die Massen stürmten nun nach dem Tor 5, um den Betriebsrat zu sprechen. Seit langem schon besteht auf den Betriebsrat eine Wut. Betriebsrat Janek wurde jämmerlich verprügelt. Betriebsrat Fiolka flüchtete nach dem Innern der Hütte.

Unterdessen hatte

die polizeiliche Säuberungsaktion

innerhalb der Hütte, unter Führung von Amtsvorsteher Jendrosch, begonnen. Eine Jagd sondergleichen vollzog sich.

Eine große Anzahl von den erwähnten 200 Mann wurde festgenommen

und dort nach dem Tor 5 gebracht. Dort empfing die Masse von Menschen die Polizei mit einem ohrenbetäubenden Lärm und

forderte die Freilassung der Verhafteten.

Die Polizei reagierte nicht darauf. Nun stürmte die Menge das Tor. Das Tor wurde ausgehoben, die Situation spitzte sich zu. Ein ungeheurer Lärm entstand.

Die Frauen riefen nach Arbeit und Brot.

Ein trauriges Bild. Die Polizei gab Schreckschüsse. Von hinten fielen Ziegelsteine auf die Polizei. Die Menschenmassen wichen nicht von der Stelle.

„Wenn Ihr keine Arbeit und kein Brot für uns habt, dann schießt uns tot!“

So wurde gerufen. Und es fielen die verhängnisvollen Schüsse, bei welchen ein Menschenleben auf der Strecke blieb.

Der Arbeiter Anton Kowalski, ein Familienvater von 4 Kindern, war das Todesopfer.

Es folgte seine Ueberführung ins Lazarett.

Eine ungeheure Panik entstand. Die Menschenmassen stoben auseinander und die Polizei hinterher und traktierte die Flüchtenden mit dem Gummiknüppel. Es war wieder eine „Brotverteilung“, wie sie Friedenshütte schon bereits zweimal erlebt hat. Berittene Polizei in Stahlhelmen erschien und zerstreute die Menschen von den Straßen. Die Ruhe wurde wieder einmal hergestellt. Auf wie lange? Eine ungeheure Wut und Aufregung herrscht unter dem Volke, denn Hunger und Not tun weh!

Zu den gestrigen Vorfällen wird uns weiter noch folgende Darstellung zugesandt:

Friedenshütte war am Mittwoch nachmittag wieder einmal der Schauplatz von Tumulten, die bedauerlicherweise einen tragischen Ausgang nahmen. Es war, in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse, zu erwarten, daß sich die Erregung auf irgend eine Weise Bahn bricht, denn die Friedenshütter Arbeiterschaft ist buchstäblich am Verhungern und hat, seit der Stillegung der Friedenshütte, erst am Dienstag zum erstenmal Kurzarbeiterunterstützung erhalten und dabei auch nur diejenigen, welche vom 1. bis 15. Februar keine Schicht verfuhren.

Schon am Anfang dieser Woche sah man nun vor dem Verwaltungsgebäude große Arbeitermassen, die sich in begreiflicher Erregung befanden. Am Dienstag früh versuchten nun ungefähr 200 Mann in das Innere der Hütte einzudrngen. Sie erbrachen die Tore und stürmten in das Werk hinein, ließen aber von ihrem Beginnen wieder ab und verließen die Hütte, da der größte Teil der Arbeiterschaft weiterhin auf der Straße verharrte. Am Mittwoch nachmittag nun wurde es ernst. Annähernd 500 Personen drangen in die Hütte ein und durchzogen die einzelnen Betriebe, wo sie die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit und zum Verlassen des Arbeitsplatzes nötigten. Ein Betriebsingenieur sowie mehrere Hüttenwehrleute erhielten dabei einige Hiebe. Währenddessen war die Polizei alarmiert worden und erschien auch bald auf dem Plan. Die Polizisten durchstreiften die Hütte und jagten die Eindringlinge aus dem Werk hinaus. Dabei wurden etliche Verhaftungen vorgenommen und die Zwangsgestellten in der Nähe vom Tor 5 vorläufig untergebracht. Inzwischen aber hatte sich eine tausendköpfige Menge daselbst eingefunden, welche energisch die Freigabe der Verhafteten verlangten.

Die Antwort war eine Feuersalve in die Luft,

und es dauerte nicht lange, so sah man das in Friedenshütte bis zum Erbrechen schon geschaute widerwärtige Bild

Polnisch-Schlesien

Die „Wähler“ mit dem Panzerzug

In der Nähe der polnischen Hauptstadt liegt ein Ort, der sich Legjonowo nennt. Legjonowo ist eigentlich eine Dorfgemeinde, gewinnt aber an Bedeutung dadurch, daß es in der Nähe der Hauptstadt gelegen ist, und wird besonders in den Sommermonaten durch die Warschauer als Ausflugsort aufgesucht. In diesem Legjonowo wurde am 14. Februar der Wojt (Amtsvorsteher) gewählt. Zwei Kandidaten wurden den Wählern präsentiert, und zwar ein gewesener Vizestarost und pensionierter Hauptmann, Szelowski, und der gegenwärtige Vizewojt Niewiadomski. Szelowski war ein Kandidat der Starostei, gehörte selbstverständlich der Sanacjarichtung an, während Niewiadomski ein Kandidat der „Partyjniki“ war. Die Wahl war sehr interessant, denn es stellte sich heraus, daß der Kandidat der Starostei in der Gemeinde überhaupt nicht angemeldet war, was aber der Fall sein muß, denn das verlangt das Gesetz. Man wußte sich jedoch zu helfen und stellte fest, daß zwar Szelowsko nicht in der Gemeinde, aber in der dortigen Militärgarnison gemeldet war. Gesetze lassen sich interpretieren und man dreht die Paragraphen so lange hin und her, bis das herauskommt, was man im gegebenen Moment braucht. Wohl hat die Gemeinde gegen eine solche Gesetzesauslegung Protest erhoben, aber man kümmerte sich wenig darum. Vor der Wahlkommission ist nach dem Protest der Gemeinde eine „Garnisonsdelegation“, bestehend aus einem Leutnant und einem Feldwebel, erschienen, die sich auf eine Verordnung des Kriegsministeriums aus dem Jahre 1927 berufen hat, die angeblich besagen soll, daß alle Offiziere und Unteroffiziere in den Gemeinderatswahlen teilnehmen sollen. Mithin, erklärte der Leutnant, daß die Garnison den Wojt „wählen“ wird, und zwar nicht nur die Offiziere und Unteroffiziere, sondern auch alle Soldaten. Die Wahlkommission erklärte dem Leutnant, daß er auf dem Holzwege sei und die Garnison nicht wählen darf. Jetzt protestierte die „Garnisonsdelegation“, die auch sagte, daß sie sofort eine Beschwerde an das Kriegsministerium richten wird. Am Wahltage waren alle Militärs, wie die Luftschiffahrtabteilung, Brückenbauabteilung und die Abteilung des Panzerzuges bereitgestellt, um „wählen“ zu gehen, die auch ausrückten, jedoch zur Wahl nicht zugelassen wurden und wieder in die Kaserne einrückten. Trotz der „Panzerzugabteilungswähler“ hat die Wahl stattgefunden, aber man hat ein Wählerverzeichnis nicht aufgestellt, wußte auch nicht, ob alle diejenigen, die gewählt haben, wahlberechtigt waren, oder nicht.

Der Kandidat der „Partyjniki“, Herr Niewiadomski, erhielt 506 Stimmen, und der Starosteikandidat Szelowski erhielt 347 Stimmen. Die Wahlkommission, die keine Wählerliste erhalten hat, hat eine Wahlbeschwerde eingelegt. Alles das, was wir oben berichteten, steht in der Beschwerde drin und es wurde noch darauf hingewiesen, daß nach der Wahlordination die Starostei verpflichtet war, die Wählerlisten aufzustellen und diese der Wahlkommission zur Verfügung zu stellen, was aber nicht geschehen ist und die Kommission konnte nicht nachprüfen, ob die einzelnen Wähler wahlberechtigt waren oder nicht. Der Wahlprotest wurde von 300 Wählern in Legjonowo unterzeichnet.

Wahlprotest hin und Wahlprotest her, zum Wojt wird der bestimmt, den die Starostei auf diesen Posten haben will. Szelowski hat um annähernd 200 Stimmen weniger bekommen als sein Gegner. Auf ihn haben „Wähler“ gestimmt, die selbst aus Warschau geholt wurden, aber er wird schon Wojt von Legjonowo werden. Anders ist das gar nicht denkbar, und sein Gegner kann Gift darauf nehmen, daß er nicht bestätigt wird. Zwei Kandidaten waren es nur, und nachdem der erste nicht bestätigt wird, verbleibt dann nur noch der Starosteikandidat, und der wird zum Wojt von Legjonowo erhoben.

---

von sausenden Gummiknüppeln und blitzenden Säbeln, die mitleidlos auf die flüchtende Menge niederprasselten. Bei dieser Gelegenheit

wurde dem Arbeiter Anton Kowalski vom plac Wolnosci ein solch wuchtiger Schlag gegen den Hals versetzt, daß er sofort auf der Stelle tot zusammenbrach.

(Dem Bruder des Toten sind Angaben gemacht worden, daß der Tod durch einen Tritt von einem Polizeibeamten herbeigeführt worden sein soll. Und tatsächlich hat der Tote nur einen Schorf am Hals und außer dem gebrochenen Genick keine andere Verletzung aufzuweisen.) Da die Polizei noch auf Verstärkungsmannschaften aus anderen Ortschaften wartete, dauerte es noch geraume Zeit, bis die Säuberungsaktion fortgesetzt wurde. Dennoch blieben die Straßen während des ganzen Nachmittags äußerst belebt.

Die Arbeitsgemeinschaft lehnt ab

Die künstliche Mehrheit — Streik auf vier schlesischen Gruben — Die Lage im Streikgebiet unverändert

Eine Woche hat es gedauert, bis die Arbeitsgemeinschaft im schlesischen Bergbau eine Antwort auf die Streikeinladung dem Centralny Zwionzek Gornikow zukommen ließ. Jeder Verband, der Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ist, hatte selbst zu entscheiden und so kam es, daß die Mehrzahl der Arbeitergewerkschaften, die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind, sich für den Streik erklärten.

Der Bergbauindustrieverband erklärte sich für den Streik.

Weiter erklärten sich für den Streik der Gewerkverein Hirsch-Duncker und der polnische christliche Verband, Richtung Korfanty.

Gegen den Streik erklärten sich die Polnische Berufsvereinigung und die deutschen Christen.

Um eine Antistreikmehrheit zustande zu bringen, wurde vorhin noch die Musiol- und Rubin-„Gewerkschaft“ in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen,

so daß 3 Arbeitergewerkschaften für den Sympathiestreik und vier dagegen stimmten.

Musiol und Rubin, die ohne jeden Einfluß in der Arbeiterbewegung dastehen, haben entschieden, da sie das Zünglein bei der Wage bildeten.

Auf Grund dieser Abstimmung hat die Arbeitsgemeinschaft sofort eine Antwort an den Centralny Zwionzek gerichtet. Wir lesen dort u. a. folgendes:

„Die Vorstände der Arbeitergewerkschaften — heißt es dort —, die in der Arbeitsgemeinschaft vereinigt sind, können sich der Streikeinladung nicht anschließen, weil sie das Plebiszitergebnis auf den Gruben einhalten müssen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß auch künftighin der Wille der Mitglieder der Organisationen respektiert wird. Die Resumierung der früheren Beschlüsse kann nur im Wege eines neuen Plebiszits auf den Gruben erfolgen, was jedoch aus technischen Gründen nicht empfehlenswert erscheint.

Die Arbeitsgemeinschaft bedauert, daß der Centralny Zwionzek Gornikow, der den gut organisierten Gegnern den Kampf erklärte, vorher nicht alle Mittel erschöpfte, die ihm zur Verfügung standen und eine Verständigung mit den Organisationen nicht anstrebte, an die er sich jetzt um die Hilfe wendet. So geht keine Organisation, die sich der Schwere der Verantwortung bewußt ist, vor. Die Arbeitsgemeinschaft kann daher keine andere Stellung einnehmen, besonders, da sie vor einem Kampfe um die Sozialeinrichtungen steht!

Eine recht „gescheite Antwort“ ist es, die sich nicht darauf beschränkt, den Arbeitern die Hilfe zu versagen sondern sie noch obendrein belehrt und ihnen die Fehler vorhält. Wie wird da der „Kampf“ um die Sozialeinrichtungen in der Praxis aussehen. Die Kapitalisten werden sich aus Angst vor der Arbeitsgemeinschaft in die Mäuselöcher verkriechen.

Inzwischen brechen Sympathiestreiks auf den einzelnen schlesischen Gruben aus.

Auf der Gräfin Lauragrube streikt die Belegschaft schon den vierten Tag.

Gestern ist zum Teil auf drei weiteren Gruben der Streik ausgebrochen.

Die Belegschaft der Fizinusgrube in Siemianowitz, ferner ein Teil der Belegschaft der Richtergrube, ebenfalls in Siemianowitz, sind in den Streik getreten. Auf der Mazgrube herrscht Streikstimmung. Die Fizinusgrube wurde durch Polizeiabteilungen besetzt. Da es jedoch nirgends zur Ruhestörung gekommen ist, hat die Polizei die Grube verlassen. Im Laufe des heutigen Tages dürfte der Streik eine Ausbreitung auf anderen Gruben erfahren. Das ist der Wille der Belegschaften, auf den sich die Arbeitsgemeinschaft beruft.

Der

siebente Streiktag

in Dombrowa Gornicza ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der Streik ist nach wie vor allgemein. Im Streikgebiet ist der Kielcer Wojewode eingetroffen, der sich an Ort und Stelle über die Streiklage informierte.

Die Streikleitung stellt fest, daß die geheimnisvollen Schüsse, die immer aus der Menge abgefeuert werden, von Konfidenten stammen.

Die beiden toten Arbeiter, Paz und Bartosik in Czeladz, wurden durch Revolverkugeln getötet. Die Streikleitung fordert die Arbeiter auf, auf die Provokateure Obacht zu geben und sie der uniformierten Polizei zuzuführen, damit ein Protokoll aufgenommen wird.

Bezirksgeneralversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes

Seit Bestehen des Verbandes in Oberschlesien hat noch keine Delegiertenkonferenz unter so schweren Voraussetzungen tagen müssen, wie die am vergangenen Sonntag. Die allgemeine Not wirft auf die Organisationen besonders starke Reflexe, die wiederum ein Spiegelbild der tatsächlichen Verelendung der breiten Volksmassen sind. So manche Organisation bricht unter der Last der Arbeitslosenzahlen zusammen, andere wiederum, darunter auch die größten, haben zu einschneidenden Aenderungen ihrer statutarischen Bestimmungen greifen müssen, um die Erhaltung des Verbandes zu sichern. So hat sich auch der Maschinisten- und Heizerverband dazu entschließen müssen, kaum 8 Monate nach dem Verbandstag, die Unterstützungsätze vorübergehend zu kürzen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wurde deshalb von allen Delegierten anerkannt, wenn auch hier und da manche Schärfe moniert wurde. Vielleicht ist es auch ein Uebel der Zeit, daß sich in einer Ortsgruppe eine Oppositionszelle gebildet hat, die jedoch trotz der größten Anstrengungen während der Verhandlungen Effekt zu erzielen, allein geblieben ist. Das zeugt von der gesunden Meinung aller übrigen Delegierten, die weit von dieser Zelle abgerückt sind.

Kurz vor 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Kollege Anderset die Generalversammlung und stellte fest, daß sämtliche Ortsgruppen vertreten waren, begrüßte alle Erschienenen und gedachte ehrend der 5 verstorbenen Kollegen des abgelaufenen Jahres. Nach Verlesen der Tagesordnung wurden noch einige formelle Anträge erledigt bezw. von den Antragstellern selbst zurückgezogen. Die Tagesordnung selbst wurde ungekürzt angenommen.

Nachdem der Schriftführer, Kollege Myrtus das Protokoll verlesen hatte, das man unverändert genehmigte, erhielt der Kollege Hanisch das Wort, der es verstanden hat, eine umfassende Uebersicht über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise zu geben. Der Redner kam schließlich zu der Schlußfolgerung, daß die Krise so lange dauern wird, wie es die arbeitenden Massen ertragen werden. Den Geschäftsbericht gab der Bezirksleiter Kollege Sowa, der die Aktivität unseres Verbandes besonders unterstrichen hat. Nicht weniger als 13 443.53 Zloty konnte dem Kapital auf dem Prozeßwege zugunsten mehrerer Kollegen wieder entrissen werden. In Angriff und Abwehr mußten auf allen Gebieten Kämpfe geführt werden, die an Umfang und Intensität alle bisherigen Anstrengungen des Verbandes übertroffen hatten. Die Arbeit konnte auch nur deshalb bewältigt werden, weil, wo es ging, die Kollegen selbst mit zugegriffen haben, was nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse des Verbandes lag. Der Kassenbericht wies noch verhältnismäßig günstige Zahlen auf. Die Einnahmen gingen vom 1. Quartal des Berichtsjahres im 4. Quartal um rund 1000 Zloty zurück. Dieses ist jedoch dem Umstande zuzuschreiben, daß eine große Anzahl

---

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

54)

„Ich habe nichts getan, was ich dir nicht sagen dürfte, Herbert. Gerade weil ich weiß, du wirst meinem Glück nicht im Wege stehen! Wie hätte ich dich betrügen können? Ein Kuß — ein Händedruck... Ach, und was haben die daraus gemacht? Wie böse, böse ist doch Klatsch! Und meinen lieben Wirkungskreis haben sie mir genommen!“

„Ist das so schlimm, Elisabeth, daß du deinen Wirkungskreis verloren hast?“ fragte er väterlich. „Wenn du doch den Mann fandest, den du liebst!“

„Er ist arm, Herbert — ich werde arbeiten müssen für uns beide!“

„Und er?“ fragte Degeener gehalten.

„Herbert — er ist krank, er ist Patient des Doktor van Deldenschen Sanatoriums!“

„Elisabeth!“ mahnte seine Stimme erschreckt.

„... nicht tuberkulös. Er ist Sportler und hat sich übernommen. Die Lunge ist gerissen. Er wird genesen. Aber nie mehr sehr leistungsfähig werden!“

„Und sein Beruf?“

„Sein Beruf war eben der Sport — jetzt ist er krank, wird neue Wege suchen müssen. Er hat, glaube ich, eine Neigung zur Gärtnerei. Im Kriege war er Offizier!“

Degeener strich seiner Frau sanft über den Kopf.

„Elisabeth!“ mahnte er leise.

Wie sie selbstlos sind, diese modernen Frauen! sann er. Sie sind bereit, Glanz und Reichtum hinzugeben — für den Mann, den sie lieben. Elisabeth war ja nicht die einzige, die so handelte. Er kannte mehrere, die nicht nur zum Haushalt beitrugen, die ihren Gemahl ernährten durch ihrer Hände Arbeit, die Kriegskrüppel geheiratet haben — aus reinem Mitleid. Und der gereifte Mann — dem Greisenalter nahe — empfand deutlich, daß auch bei Elisabeth das Mitgefühl vor allem mitsprach.

Die beiden blieben lange zusammen — gute, unzertrennliche Freunde. Er hielt ihre Hand. Er fühlte, wie sie vor Erregung zitterte. — „Du bist nervos, Liebes!“ sagte er zärtlich. „Ich fürchte, die Aerztin bedarf des Arztes!“

„Du und deine Güte, ihr seid mein bester Arzt!“ erwiderte Elisabeth. „Ich bin müde, das ist wahr. Wie toll bin ich den ganzen Tag im Auto herumgefahren. Ich wüßte nicht zu sagen, wo ich überall war, so tief hat mich Doktor van Delden und seine Art verletzt. Mein erster Gedanke war, zu Werner zu gehen und mit ihm zu sprechen. Aber hätte ich den üblen Reden dadurch nicht neue Nahrung gegeben? Wo mag er sein? Ihm werden sie nichts gesagt haben. Für seinen Zustand ist jede Aufregung Gift!“

„Ich werde zu ihm gehen — morgen!“ sagte ernst und mit fester Selbstüberwindung Degeener. „Dadurch wird auch jedem üblen Klatsch die Spitze abgebrochen!“

„Wie bist du gut!“ rief Elisabeth überwältigt.

Sie beugte ihr Haupt und küßte zart und innig seine Hand.

„Mißversteh' mich nicht, Herbert, ich habe dich unendlich lieb!“ sagte sie leise. „Aber, Werner, ich kann mir nicht helfen!“

„Jugend will zu Jugend!“ lächelte Degeener schmerzlich. „Und ich muß sehen, wie ich fertig werde — nach der Scheidung!“

„Du sollst nicht allein sein!“ schluchzte Elisabeth auf. „Du, der du mir so unendlich viel Gutes getan hast! Du, mein bester Freund!“ Sie warf sich an seine Brust und barg ihren Kopf an seine Schulter. Und das Gefühl, ihn verlassen zu müssen, riß sie so ganz zu ihm hin, daß es ihr schien, sie werde es niemals vermögen.

Lange nach Mitternacht erst trennten sie sich. Und dann schlief Elisabeth traumlos und tief. Degeener aber verbrachte die Nacht schlaflos, in seinem Zimmer auf und ab schreitend.

* * *

Frau Lasar war abgereist.

Niemand empfand das als sonderlichen Verlust, nicht einmal Doktor Alander.

Er ging auf in seiner neuen Würde als Arzt der Kinderstation. Seit es bekannt geworden war, daß er die Abteilung übernahm, war Adelgunde verschwunden. Man wußte nicht, wohin. Aber es sorgte sich auch keiner. Dem nüchternen Mädchen waren ernstere Unbesonnenheiten wohl nicht zuzutrauen!

Gisela, nachdem sie sich ein wenig erholt und beruhigt hatte, schlich an Leys Tür. Sie klopfte behutsam.

„Du, du!“ bat sie, als kein Herein ertönte.

Endlich, des Wartens müde, öffnete sie vorsichtig die Tür. Sie sah, das Zimmer war leer. Die Sachen, die ihrem Freund gehörten, lagen auf Bett und Stuhl umher, als ob er hätte packen wollen. Der Koffer stand geöffnet mitten im Zimmer.

Gisela, von der voraufgegangenen Erregung bleich und elend, mit schmalen, ein wenig eingefallenen Bäckchen, machte sich mit heimlichem Lächeln daran, alles wieder einzupacken. Er sollte sein Zimmer in schönster Ordnung finden, wenn er kam.

Aber Werner kam nicht.

Sie ging auf ihr eigenes Zimmerchen, schaute aus dem Fenster, sah das Unwetter aufsteigen, und begrüßte es, so sehr sie sonst Gewitter scheute, mit Genugtuung. Nun mußte er doch heimkehren. Aber auch die Hoffnung blieb unerfüllt.

Das Wetter tobte sich aus, hing noch lange zwischen den Bergen. Schwester Suleika kam und ermahnte sie, zu Bett zu gehen.

„Ist Herr Ley zurück?“

„Was geht es dich an. Gisela — schlaf ein!“

Sie kleidete sich wieder an und lief zu Doktor van Delden hinüber.

„Onkel Hannes! Er ist noch nicht da!“

Doktor van Delden brütete über Büchern. Er dachte in Wahrheit nicht an Lesen. Er sann Elisabeth Degeener nach. Triumphierende Hämischkeit, die ihm hier und da entgegenblickte, abtuende Bemerkungen, gerade von denen, die er am geringsten schätzte, brachten ihn zur inneren Wut. Er fragte sich, ob er richtig gehandelt habe. Wenn man dieser Knade der Degeener hätte trauen können! Aber wer weiß? Sie war der Degeener blind ergeben.

Er fuhr auf, als Giselas Stimme plötzlich ertönte.

„Was geht es dich an, Gisela?“ fragte auch er ärgerlich. „Gisela, du gehörst ins Bett!“

„Onkel Hannes, wo kann er sein?“

„Vielleicht fort — ich hatte ihn geheißen, zu gehen!“

„Onkel — er ist krank!“

„Es sind viele Kranke hier!“

„Onkel — am Morgen war er auf dem See. Wenn er nun wieder... Und das Gewitter ...!“

„Wenig wahrscheinlich, wenn er morgens schon gesegelt hat. Laß den Mosjö, wird sich herumtreiben. Ich behalte ihn sowieso nicht!“

„Du hast es doch versprochen!“

(Fortsetzung folgt.)

ausgesteuerter Kollegen nur noch die Arbeitslosenmarken klebt. 89 neue Mitglieder traten im vergangenen Jahre des Verbande bei. Bei den Ausgaben figuriert die Arbeitslosenunterstützung an erster Stelle, dann folgt in weitem Abstand die Krankenunterstützung und die Invalidenrente. Immerhin überstiegen die Einnahmen die Ausgaben im abgelaufenen Jahre noch um 1987.50 Zloty. Die Bezirkskasse weist nach erfolgter Erhöhung des Zuschlages eine gesunde Entwicklung auf. Zum ersten Male wies diese im 4. Quartal statt einem Minus ein Plus auf, und das trotz des Weihnachtszuschusses an die Erwerbslosen. Die rückläufigen Gesamteinnahmen mahnen jedoch zu verstärkter Sparsamkeit und Eindämmung jeglicher unnötiger Ausgaben.

Die Revisoren, Kollegen Niestolik und Krafczyk, erstatteten Bericht über die abgehaltenen Revisionen und betonten, daß Kasse und Bücher stets in Ordnung befunden wurden.

Die Wahlen zeitigten folgendes Ergebnis: Beisitzer zum Bezirksvorstand die Kollegen Andersek und Wilczek Konstantin. Revisoren: Krafczyk, Niestolik und Bziuk. Beschwerdekommission: Marczyk-Lipine, Hrabak und Przybilla-Laurahütte. In den Verbandsbeirat wurde der Kollege Hoppe-Lichtenberg gewählt.

Unter Geschäftliches behandelte man eine Anzahl von Anträgen, die soweit sie Berechtigung hatten, zur Annahme gelangten. Die über 5 Stunden dauernde Konferenz, in mancher Phase recht bewegt, verlief glänzend. Den Delegierten aber erwächst im gegenwärtigen Augenblick die Aufgabe, aus der Konferenz die notwendigen Lehren zu ziehen, um in ihren Orten intensiver als je an der Zusammenfassung sämtlicher Berufskollegen in unserer Organisation zu arbeiten. —

Kattowitz und Umgebung

Totschlagsversuch an Ehefrau und Schwager.

Der Täter dingfest gemacht.

Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich im Ortsteil Ligota. Dort versuchte, in größter Erregung, der Spediteur Ludwig Grysta von der Ligocka 51, seine Ehefrau und den Schwager durch einige Revolverschüsse zu töten. Glücklicherweise aber gingen die Schüsse fehl, so daß kein Unheil angerichtet wurde. Zu dem Vorfall selbst wird folgendes gemeldet: Die Ehefrau des Grysta verließ vor etwa zwei Jahren, und zwar wegen angeblich schlechter Behandlung, ihren Ehemann. Von diesem Zeitpunkt ab lebte sie mit dem Schwager Franz Werner zusammen. Erst jetzt erfuhr Grysta von dem Aufenthalt seiner Frau, worauf er sich nach der Wohnung des Werner begab, um eine Aussprache mit der Ehefrau herbeizuführen. Frau Marie Grysta jedoch verbarg sich vor ihrem Ehemann und verschloß vor diesem die Wohnungstür. Das brachte den Grysta in Jähzorn. In seiner Wut und Erregung feuerte er mehrere Kugeln ab, die durch die verschlossene Tür in die Wohnung drangen. Der Zufall wollte es, daß Frau Grysta und der Schwager Werner unverletzt blieben. Die Polizei arretierte indessen den Grysta, der nach dem Nikolaier Gefängnis überführt worden ist. x.

Deutsche Theatergemeinde. Wir machen auf den Klavier-Abend von Leopold Münzer unser musikalisches Publikum heute schon aufmerksam! Das Konzert findet am 7. März, abends 8 Uhr, im Stadttheater statt und wird ein künstlerisches Ereignis allerersten Ranges sein. Wien schreibt: Münzer war die bedeutsamste Entdeckung dieser Saison. Wunderbar die Ausdrucksfähigkeit und Kraft seines Anschlages, unbeschreiblich die Künste seiner Technik. So sei den mit aller Verantwortung eine „Sensation" konstatiert. Paris: Ein selten so gehörter Chopin... meisterhafte Technik. Salzburg: Ein Musiker, dessen Begabung nebst einem stupenden technischen Rüstzeug eine ungewöhnliche Kraft künstlerischer Vertiefung aufweist. Er quittiert rauschende Ovationen. Karten sind schon jetzt an der Theaterkasse ul. Teatralna, Telephon 1647, zu haben.

Unglücksfall am Kattowitzer Bahnsteig. Der 20jährige Eisenbahnarbeiter Heinrich Oleczko aus Kattowitz wäre am Kattowitzer Bahnsteig fast zu Tode gekommen. Oleczko hatte den Auftrag, die Gleisstrecke vom Schnee freizumachen. Er achtete bei Ausübung dieser Tätigkeit vermutlich nicht auf den heranfahrenden Personenzug und fand keine Zeit mehr, um sich vollkommen in Sicherheit zu bringen. Oczko wurde von der Lokomotive gestreift, erlitt zum Glück aber nur leichtere Verletzungen am Kopf und an den Beinen. Der Verletzte ist nach dem Elisabethspital überführt worden. x.

Reiche Diebesbeute. Ein schwerer Diebstahl wurde zur Nachtzeit in die Wohnung des Kaufmanns Israel Strauch auf der Marjacka 1 in Kattowitz ausgeführt. Die Einbrecher entwendeten einen kompletten Herrenanzug, 1 Paar Herrenschuhe, mehrere Stücke Weißwäsche, 20 seidene, buntfarbige Damentücher, eine silberne Zigarettendose, sowie ein silbernes Feuerzeug, ferner 240 Zloty. Der Gesamtschaden soll rund 2000 Zl. betragen. x.

Königshütte und Umgebung

Verteuerung des Brotes, Herabsetzung der Löhne.

Der Preisprüfungsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung den Mehl- und Brotpreis, wie folgt, erhöht: Roggenmehl 65-prozentiges, 46 Groschen, 1 Kilo, Weizenmehl 1 Kilo 48 Groschen, Roggenbrot 1 Kilo 44 Groschen, somit angeführte Lebensmittel um 2 Groschen je Kilo erhöht. 1 Semmel 120 Gramm 10 Groschen, 60 Gramm 5 Groschen, Vollmilch 1 Liter 34 Groschen, Buttermilch 1 Liter 20 Groschen, Tischbutter 1 Kilo 5—5.40 Zloty, 1 Ei 10—13 Groschen, Kuhkäse 1 Kilo 80—120 Groschen, Schweinefleisch 1. Sorte 160 Groschen im Laden, (Markthalle 130 Groschen), 2. Sorte 140 Groschen (120), Kalbfleisch 1. Sorte 190 Groschen (170), 2. Sorte 150 Groschen (130), Rindfleisch 1. Sorte 150 Groschen (130), 2. Sorte 130 Groschen (110), frischer Speck 1. Sorte 200 Groschen (180), 2. Sorte 180 Groschen (160). Schmer 1. Sorte 200 Groschen (180), 2. Sorte 180 Groschen (160), 100prozentige Krakauerwurst 340 Groschen (340), gemischte Krakauerwurst 220 Groschen (200), 2. Sorte 200 Groschen (180) Knoblauchwurst 1. Sorte 200 Groschen (180), 2. Sorte 160 Groschen (140), Preßwurst 1. Sorte 180 Groschen (160), 2. Sorte 160 Groschen (140), Leberwurst 1. Sorte 220—240 Groschen (200—220), 2. Sorte 180—200 Groschen (160—180) Zulagen zum Schweinefleisch 15 v. H. bei Rindfleisch bis zu 20 v. H., bei Kalbfleisch bis zu 25 v. H. Ueberschreitung dieser Preise wird bestraft. m.

Heute wird alles gestohlen. Unbekannte entwendeten dem Mieter Karl Wienziors an der ulica Dombrowskiego 28 durch Abmontieren eine elektrische Wohnungsglocke. — Der Frau Anna Prech von der ulica Styczynskiego 53, wurde vom Boden verschiedene Wäsche, die zum Trocknen ausgehangen war, von einer unbekannten Person gestohlen. m.

Schwer bestrafter Leichtsinn. Die Erwerbslosen Konrad J., Eduard K. und Bruno G. aus Königshütte, erlaubten sich einen „Spaß", indem sie in der Nähe des Bahnschachtes der Gräfin Lauragrube bei Chorzow, Eisenstücke auf die dortige Freileitung, die nach dem Chorzower Kraftwerk führt, warfen und dadurch eine längere Betriebsstörung verursachten. Das Polizeikommissariat in Chorzow machte die Täter ausfindig und übergab sie dem Gericht. In der gestrigen Verhandlung wurden die Uebeltäter mit zwei und drei Monaten Gefängnis bestraft. Es wurde als ein großes Glück bezeichnet, daß an der 60 000 Volt starken Freileitung nicht ein Unglück hervorgerufen wurde. m.

Achtet auf die Kinder! Die 3jährige Tochter Klara, des Maschinenarbeiters Johann Richter von der ulica Gimnazjalna 28, fiel in einen, mit heißem Wasser gefüllten, Bottich und erlitt schwere Brandwunden am Körper. Obwohl die anwesende Mutter das Kind sofort nach dem Knappschaftslazarett brachte, ist das Kind unter großen Schmerzen gestern gestorben. m.

Stumpft die Bürgersteige ab! Eine gewisse Luzie Zabka aus Chorzow stürzte, an der ulica Katowicka in Königshütte, infolge Glätte, zu Boden und brach das Bein. Ueberführung mußte in das städtische Krankenhaus erfolgen. m.

Submissionsblüten. Auf Grund der Ausschreibung des Magistrats, betreffend des Abbruches des früheren Gewächshauses am Redenberg, haben sich 6 Bewerber gemeldet und Angebote gemacht: Murowski 1300 Zloty, Pogrzeba 1000 Zloty, Pogrzeba Valentin 980 Zloty, Grohut 900 Zloty, Goebel 800 Zloty und Baufirma Wons 550 Zloty. Nach dem gegnwärtigen Prinzip des Magistrats, Arbeiten an die billigsten Bewerber abzugeben, um Ersparnisse für die Stadt zu erzielen, dürfte voraussichtlich der Zuschlag der Firma Wons erteilt werden. m.

Siemianowitz

Gemeindevertretersitzung. Am 26. d. Mts., um 6 Uhr abends, findet eine Gemeindevertretersitzung mit folgenden Punkten statt: 1. Wahl und Einführung eines Schöffen an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Generaldirektors Kiedron. 2. Annahme des Budgets für das Rechnungsjahr 1932-33. 3., 4., 5., Festsetzung der Zuschläge zur Grund-, Gebäude- und Bauplatzsteuer für das Rechnungsjahr 1932-33. 6. Wahl von Schiedsrichtern und Stellvertretern. 7. Beschlußfassung über die Budgetüberschreitungen, 8. Anträge.

Verkehrskarten werden nur noch bis zum 27. Februar einschließlich, auf dem Polizeikommissariat entgegengenommen.

Die Krankenkassenwahlen in der Laurahütte auf unbestimmte Zeit verschoben. Infolge des Protestes, aus Anlaß der Ungültigmachung zweier Wahlvorschlagslisten, wird die Wahl am 26. d. M. nicht stattfinden. Damit hat der alte Vorstand noch eine Gnadenfrist erreicht, wo er in dem alten Trott weiterwursteln kann.

Der Tote unter Tage. Auf der Knoffschachtanlage und zwar 100 Meter unter Tage, stieß man am Mittwoch, gegen ½12 Uhr vormittags, unvermutet auf eine männliche Leiche. Die polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß es sich um den 20jährigen Stanislaus Wrobel aus Siemianowitz, wohnhaft ulica Myslowicka, handelt, der tagszuvor mit seinem älteren Bruder Johann und dem Karl Magiera in den Schacht eingestiegen war, um einen Kabeldiebstahl auszuführen. Beim Durchschneiden der Kabelleitung wurde Wrobel durch elektrischen Strom getötet. Man schaffte den Toten nach der Leichenhalle des Hüttenspitals in Siemianowitz. x.

Bei der Arbeit den Tod gefunden hat der Portier der Schokoladenfabrik „Hanka", der 65jährige Alex Demara von Siemianowitz, indem er einen Herzschlag erlitt und auf der Stelle tot war.

Verhängnisvoller Sturz. Infolge der herrschenden Glätte, kam auf der ulica Barbary in Siemianowitz, die 59jährige Konstantine Danczyk zu Fall, welche einen Beinbruch erlitt. Die D. wurde nach dem Krankenhaus gebracht. x.

Diebstähle. Dem Schuhmachermeister Wosnizka von der Wandastraße wurde durch seinen Gesellen ein Fahrrad gestohlen. — Am Montag nachts versuchten zwei Einbrecher in den Schuhwarenladen des David Bernstein einzudringen, wurden jedoch von dem patrouillierenden Posten verscheucht. Dem Posten gelang es, einen der Spitzbuben, den Josef Meißner aus Siemianowitz, zu fassen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Gemeinderatssitzung in Bismarckhütte.

Um 5 Uhr eröffnete der Bürgermeister Grzesik die Sitzung. Die Tagesordnung umfaßte 8 Punkte. Eingangs stellte die Sanacja den Antrag auf Verschiebung des Punkt 6 (Beschließung des Budget für das Jahr 1932-33) auf einen späteren Termin, da es der Fraktion nicht möglich war, sich mit dem Budget zu befassen. Dieser Antrag wurde, nachdem der Bürgermeister auf die Dringlichkeit der Budgetbeschließung hinwies, von der Sanacja zurückgezogen.

Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde der Gemeindevertreter Trojca in das Amt eines unbesoldeten Schöffen eingeführt. Punkt 2 erfolgte die Einführung eines neuen Sanacjajüngers an seine Stelle. Punkt 3: Aenderung der Fluchtlinie der ul. Granica, wurde angenommen.

Punkt 4, wurde Gemeindevertreter Maletz (Sanacja) in die Steuerkommission gewählt. Punkt 5: Bewilligung von Nachkrediten für das Jahr 1931-32 in Höhe von 18 646 Zloty und zwar für Prozeßkosten, Ankauf von Koks und Kohle für die Schulen. Errichtung einer zweiten Küche für die Armen und Arbeitslosen. Gegen die Errichtung einer zweiten Armenküche sprach Genosse Pasdzior und stellte den Antrag auf Aufhebung der Küchen bis auf eine, in der für diejenigen gekocht werden soll, die weder eigenen Herd noch ein Dach über dem Kopfe haben. Die Zustände in der Armenküche wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Der größte Teil der Suppenküchengänger verlangt die Abgabe von Lebensmittel. Der Einwand des Bürgermeisters, daß diese Art der Versorgung der Armen und Arbeitslosen große Kosten verursachen würde, will uns nicht einleuchten. Wozu haben wir denn soviel immer noch ganz gut bezahlte Inspektoren und Obersekretäre? Auch Genosse Richter sprach sich in scharfen Worten gegen das System aus, um sich den elenden Flaps unter Warten, Stoßen und Fluchen abzuholen, während der Herd daheim kalt steht und die Frau oder Mutter nichts in den Topf zu stecken hat. Lieber den Strick oder Gift nehmen als auf diese Weise sein Leben zu fristen. So schloß Genosse Richter seine Ausführungen. — Punkt 6: Annahme des Haushaltsplanes für das Jahr 1932-33. Im Vergleich von anderen Jahren nahm die Beratung des Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1932-33 eine geraume Zeit in Anspruch, obwohl die Budgetkommission mit dem Vorstand in zwei Sitzungen die erforderlichen Vorarbeiten getroffen hat. Das provisorische Budget schloß mit einem Defizit von 135 715 Zloty ab. Die Ein- und Ausgaben der Gemeinde stellen sich wie folgt zusammen: An Einnahmen, kommunales Vermögen, 88 871 Zloty, Unternehmen 2064 Zloty, Subventionen 3000 Zloty, Rückzahlungen 14 950 Zl., Administr. Einnahmen 2000 Zloty, Wasser- und Kanalgebühren 335 155 Zloty, Gebühren 100 Zloty, Anteil an Staatssteuern 258 000 Zl., Anteil an Staatssteuern 598 140 Zloty, Kommunalabgaben 207 800 Zloty, Verschiedenes 22 636 Zloty, zusammen 1 526 000 Zloty. Die Ausgaben, Administration 316 000 Zloty, Kommunalvermögen 10 069 Zloty, Kommunalsicheres Unternehmen 100 000 Zloty, Schuldentilgung 444 454 Zloty, öffentliche Bauten und Plätze 47 071 Zloty, Bildung 71 100 Zloty, Kultur 700 Zloty, öffentliche Gesundheitspflege 213 880 Zloty, soziale Fürsorge 201 922 Zloty, öffentliche Sicherheit 111 512 Zloty, zusammen 1 526 000 Zloty. Die soziale Fürsorge setzt sich wie folgt zusammen: Unterstützung der Armen 101 700 Zloty, Arztkosten und Arznei 16 070 Zloty. Fürsorge für Geisteskranke und Krüppel 13 750 Zloty, Arbeitslosenfürsorge 64 032 Zloty. Und diese 64 032 Zloty sind es, über die man die Sozialisten auf dem Posten sah und nicht so leicht darüber hinweggehen konnten. So ist noch zu erwähnen, daß in der Summe von 64 032 Zloty noch die Bezahlung des Arbeitslosenbüros sowie Unterhaltung und Miete der Räume in Höhe von 28 500 Zloty mitenthalten sind, so daß für die Arbeitslosen nur noch die Summe von 36 000 Zloty übrig bleibt. Obwohl Genosse Pazdzior darauf hinwies, daß die Administrationskosten herunterzusetzen sind, sowie ein Moratorium für ein Teil der Schuldentilgung zu erlangen wäre. So wurde das Budget ohne Erhöhung der Arbeitslosenfürsorge einstimmig angenommen. Punkt 7: Der Steuersatz für Bau- und Grundstücke wurde wie im vorigen Jahre auf 5 Prozent festgesetzt. Punkt 8: Anträge und Verschiedenes, kamen zwei Anträge der Sozialisten zur Verlesung und Annahme. Der erste Antrag verlangt die Einführung einer besseren Organisation bei der Arbeitslosenkontrolle, sowie Herstellung eines Schutzdaches für die Arbeitslosen am Arbeitsnachweis. Der zweite verlangt die Inbetriebsetzung der mechanischen Bäckerei „Manna" durch die Wojewodschaft oder den Gemeindeverband zwecks Belieferung der Armen und Arbeitslosen mit Brot. Hier sah man das Oberhaupt in etwas gehobener Stimmung. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß noch ein großer Teil der Armen und Arbeitslosen keine Kartoffeln erhalten haben, desgleichen soll man endlich mit der Verteilung des Mehles und Zuckers beginnen. Auch sollen in den nächsten Tagen 2000 Zentner Kohlen, welche die Bismarckhütte bereitgestellt hat, zur Verteilung gelangen. Genosse Ballon bat den Bürgermeister als Sejmabgeordneter in Warschau dahin zu wirken, daß das Kurzarbeitergesetz eine Aenderung erhält, damit die Kurzarbeiter, die in 14 Tagen oder im Monat keine Schichten verfahren, auch in den Genuß der Unterstützung kommen. Desgleichen bringt Genosse Ballon eine Beschwerde vor, wonach Schulkinder aus der Schule 6 von dem Lehrpersonal gezwungen wurden, Kohle in den Keller zu schaufeln und zu tragen. Alles dies wurde zur Kenntnis genommen.

Kunzendorf. (Auch hier klappt die Unterstützungsauszahlung nicht.) Wie uns aus Kunzendorf berichtet wird, soll auch dort bei der Auszahlung der einmaligen Unterstützung nicht alles in Ordnung sein. Da gibt es Leute, die etwas mehr bevorzugt werden wie die anderen. Natürlich fühlen sich diejenigen, die im Nachteil sind, geschädigt, und erheben ihre Stimme. Am 16. Februar wurden wiederum die einmaligen Unterstützungen, welche natürlich abgearbeitet werden müssen, ausgezahlt. Nicht in Geld, weil angeblich keins da ist, aber in Bons, was uns schließlich egal ist. Es soll auch hier eine Ungerechtigkeit herrschen. Mit diesen Bons kann der Arbeitslose dort hingehen, wo er will. Das darf er in Kunzendorf nicht. Der Kaufmann wird vorgeschrieben, und das ist das Ungerechte, denn wenn man bei einem Kaufmann auf Kredit kauft, so will man ihm auch die paar Zloty von der Gemeinde zu verdienen geben. Eine zweite Ungerechtigkeit ist die in den Ausnahmen. Da haben sogenannte Strohwitwen Bons zu 5 Zloty erhalten, dagegen Arbeitslose, die keine Eltern mehr haben, erhielten Bons von nur 2 Zloty. Es hieß, daß für jeden Bon ein Tag abgearbeitet werden soll. So soll ein Mädchen für 2 Zloty den ganzen Tag arbeiten, die andere dagegen für 5 Zloty. Als eines der benachteiligten Mädchen zu dem Beamten sagte, warum sie nur 2 Zloty bekamme, während andere 5 Zloty erhalten, erklärte ihr der Beamte, sie möge sich ein Kind machen lassen, da bekommt sie auch 5 Zloty. Es ist sehr traurig, daß ein Beamter zu einem Mädchen eine solche Aeußerung fallen läßt. Anscheinend hat dieser Beamte noch keine Not gelitten, die ihm nur nützen könnte, damit er andere Gedanken bekommt. *

Kochlowitz. (Vereitelter Selbstmord auf den Schienen.) Auf der Gleisstrecke zwischen Ligota und Kochlowitz, und zwar an dem Waldteil „Apostelhöhe", warf sich kurz vor dem Herannahen des Personenzuges 1133 die 34jährige Julie P. in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen Dem Lokomotivführer gelang es noch im letzten Moment den Zug zum Halten zu bringen, so daß die beabsichtigte Tat der Lebensmüden nicht zur Ausführung gelangte. Immerhin trug die Frauensperson Kopfverletzungen davon. In bewußtlosem Zustand schaffte man die Lebensmüde mit dem gleichen Zuge nach der Bahnstation Nowa-Wies, von wo aus die Ueberführung nach dem Hüttenspital erfolgte. x.

Ruda. (Schwerer Straßenunfall.) Auf der ul. Hutnicza stürzte, infolge der Glätte, in der Nähe des Eisenbahntunnels, die 60jährige Marie Kujawa, die einen komplizierten Beinbruch davontrug, und mittels Auto der Rettungsbereitschaft, fortgeschafft wurde. x.

Pleß und Umgebung

Von einem Schlitten angefahren. Auf der Chaussee nach Piassek wurde von einem Schlitten die 39jährige Hedwig Brudek aus Pleß angefahren. Die B. wurde einige Meter weiter fortgeschleift, erlitt aber nur leichtere Verletzungen, so daß sie später, nach Erteilung ärztlicher Hilfe, nach Haus entlassen werden konnte. x.

Neu-Boiszow. (Grausame Kindesaussetzung.) Die 27jährige, uneheliche Franziska T. verübte dadurch Kindestötung, indem sie ihr neugeborenes Töchterchen in einen Korb verpackte und das hilflose Kind hernach in einem Stalle unterbrachte, wo es bei der strengen Kälte erfroren ist. x.

An alle Vertrauensmänner und Kolporteure der „Volksstimme“

In unserer Dienstagnummer haben wir einen Aufruf an alle Parteigenossen und Leser der „Volksstimme“ veröffentlicht, worin zur eifrigen Werbearbeit für Partei und Presse aufgefordert wurde.

Diese Werbearbeit ist in der gegenwärtigen Krisenzeit umso notwendiger, da die Arbeiterfeinde von allen Seiten auf die Arbeiter anstürmen. Durch das Trommelfeuer der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau glauben die Gegner der Arbeiterklasse, dieselbe so mürbe gemacht zu haben, daß sie keinen nennenswerten Widerstand leisten werde.

Diese Mutmaßungen muß die Arbeiterklasse restlos zerstören. Gerade die Bollwerke, gegen welche die ganze kapitalistische Meute am schärfsten ankämpft, müssen am besten ausgebaut und gefestigt werden. **Parteigenossen, lasset euch durch die Arbeitslosigkeit nicht entmutigen!** Werbet unter denen, die noch Beschäftigung haben! Lasset euch aber auch nicht durch verschiedene Ausflüchte abschrecken!

Die Einwendung, daß in der „Volksstimme“ jetzt weniger Lokalnachrichten wären, stimmt nicht. Unsere frühere „Volksstimme“ erschien nur dreimal wöchentlich und hatte bestensfalls in der ganzen Woche drei Seiten Lokalnachrichten.

Jetzt, wo sie als Tagblatt erscheint, ist in jeder Nummer eine Seite Bielitzer Lokales, oder in der Woche sechs Seiten. Dabei ist die „Volksstimme“ umfangreicher, bietet dem Leser mehr Lesestoff und kostet denselben Preis wie die dreimal wöchentlich erschienene „Volksstimme“. Die heutige „Volksstimme“ ist somit die **billigste Zeitung** am hiesigen Platze. Die Mehrarbeit wird mit denselben Personen bewältigt, die früher tätig waren.

Wir **appellieren daher an alle** schreibkundigen Parteigenossen, **durch** Einsenden von Material ihre Zeitung zu unterstützen. Es genügt in vielen Fällen auch ein mündlicher Bericht. Eine jede Lokalorganisation muß einen eigenen Zeitungskorrespondenten haben. Die Fabriksvertrauensmänner haben Gelegenheit, aus den Betrieben viele Uebelstände zu melden. Alles was die breite Oeffentlichkeit interessiert, gehört in die Zeitung!

Wenn sich ein solcher Stab von Vertrauensmännern in den Dienst ihrer Parteipresse stellen, ein jeder seine Pflicht restlos erfüllen wird, dann wird der Aufstieg nicht ausbleiben und die „Volksstimme wird auch dann in der Lage sein, den Wünschen der Leser Rechnung zu tragen.

Die angekündigte Werbeaktion muß als Antwort an alle Arbeiterfeinde gelten. Wollen diese unsere Reihen schwächen, dann müssen wir sie verdoppeln und verdreifachen. Wollen die kapitalistischen Zeitungen unsere Organisationen und Vertrauensmänner herabwürdigen und verleumden, dann müssen wir mit allem Nachdruck darauf schauen, daß in jeder Arbeiterfamilie auch das Arbeiterblatt abonniert wird. Aber auch bei allen Geschäftsleuten, bei denen die Arbeiter Kunden sind, muß das Arbeiterblatt aufliegen!

Auf daher zur Werbearbeit! Kein Genosse und keine Genossin bleibe zurück! Ein jeder muß mindestens einen neuen Abonnenten und ein neues Parteimitglied werben!

Wenn am 1. Mai Heerschau gehalten wird, dann müssen auch die meisten Mai-Manifestanten Parteimitglieder und Abonnenten der Parteipresse sein!

Das Proletariat hat jetzt schwere Kämpef durchzufechten, sorgt für starke Ersatzreserven! **Durch Kampf zum Sieg!**

Bielitz und Umgebung

Neuerlich geplante Abzüge der Bezüge der Staatsangestellten.

Wie recht wir mit unserer schon so oft wiederholten Behauptung hatten, daß durch Abbau der Gehälter und Löhne die Krise sich verschärfen muß, beweist wieder die neuerliche Absicht, die Bezüge der Staatsangestellten wegen mangelnder Finanzen zu reduzieren. Bei der ersten Reduzierung hieß es, daß man die Gehälter reduzieren muß, um das Budgetgleichgewicht herzustellen. Die Gehälter wurden ganz erheblich gekürzt, aber ein Gleichgewicht wurde nirgends hergestellt, im Gegenteil, die Defizite werden nur größer.

Das dem so ist, kann doch niemand wundern. Beginnt der Staat mit der Reduzierung der Gehälter, dann betrachten alle Privatunternehmer diese Maßnahme als Freibrief für sich und kürzen in demselben Maße manchmal aber in größerem Umfange die Gehälter und Löhne der Privatangestellten und Arbeiter. Dadurch kommt die Lawine ins Rollen und reißt alles unbarmherzig mit sich mit. Durch die Reduzierung der Löhne und Gehälter, werden die Beamten und Arbeiter konsumunfähiger, was sich wieder im weiteren Wirtschaftsleben schädlich auswirkt. Die ganze Geschäftswelt, das Gewerbe und andere Produzenten machen geringere Umsätze was wieder neue Steuerausfälle zur Folge hat und zur Verkleinerung der Staatseinnahmen führen muß. Beginnt man mit neuerlichen Reduzierungen, dann wird sich das Schauspiel in noch verschärfterem Maße wiederholen, bis wir alle vor einem großen „Nichts“ stehen bleiben werden. Das wird aber auch unser aller Untergang sein.

Aber nicht nur die Gehälter, auch die Pensionen der Staatsbeamten will man kürzen. Diese Kreise, die bei den letzten Sejmwahlen größtenteils regierungstreu gestimmt haben, erhalten jetzt den versprochenen Dank. Viele Staatsbeamte gingen sogar für die Regierungsliste agitieren und trugen den Stimmzettel mit der 1 ganz offen zur Urne. Was wurde alles versprochen vor den Wahlen, wenn die Liste 1 siegen sollte. Es sollte ein förmliches Paradies geschaffen werden, **erhalten haben wir aber** eine wahre **Hölle**. Deshalb darf es der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, ob die Gehälter der Staatsangestellten gekürzt werden oder nicht. Eine jede Kürzung wirkt sich letzten Endes auch am Arbeiter schädlich aus. Hat der Staatsbeamte einen niedrigen Gehalt, wird dem Privatbeamten ebenfalls der Gehalt gekürzt. Hat aber der Privatangestellte niedrigere Bezüge, dann wird dem Arbeiter auch der Lohn gekürzt.

Es wäre daher sehr notwendig, daß alle Gehalts- und Lohnempfänger sich solidarisch erklären würden und gegen jede Reduzierung ihrer Bezüge energisch Front machen würden. Eine solche Einheitsfront wäre allen arbeitenden Ständen zu empfehlen. Eine solche Einheitsfront müßte aber auch bei den Wahlen konsequent bleiben und sich nicht in das Schlepptau der Herrschenden nehmen lassen. Dieser Irrweg hat sich an allen jetzt sehr bitter gerächt.

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, — im Abonnement — (Serie rot) zum erstenmal: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Lustspiel in 5 Akten v. William Shakespeare.

Es spielen die Damen: Weber, Walla, Flanz, Fleischmann, Kurz; die Herren: Ziegler, Triembacher, Gruber, Reichert, Reissert, Naval, Preses, Brück, Zimmermann, König, Dr. German, Soewy, Schüller.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unseres unvergeßlichen Vaters, Bruders, Schwiegervaters, Schwagers und Onkels Johann Kreis aus Altbielitz Nr. 107, sprechen wir auf diesem Wege allen Freunden, Verwandten und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnisse, sowie für die Kranzspenden den besten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neue Preise für Fleisch und Gebäck. Seitens der Bielitzer Bezirkshauptmannschaft wird mit Einvernehmen der Preisprüfungskommission bekannt gegeben, daß folgende Preise für Artikel des ersten Bedarfes festgesetzt wurden: 1 Kilo Rindfleisch mit 20prozentiger Zuwage 1,20—1,40; 1 Kilo Kalbfleisch mit 20prozentiger Zuwage 1,20—1,60; 1 Kilo Schweinefleisch mit 20prozentiger Zuwage 1,40—1,80; 1 Kilo frischer Speck 2 Zloty; 1 Kilo Schmeer 2 Zloty; 1 Kilo gewöhnliche Wurst 2 Zloty; 1 Kilo Schinkenwurst geschnitten 3,60 Zloty; 1 Kilo Schinken 5 Zloty; 1 Kilo Kornbrot (65 Prozent) 0,44 Zloty. Die Preise gelten vom Tage der Verlautbarung in allen Gemeinden des Bielitzer Bezirkes. Die Ueberschreitung der vorgeschriebenen Preise wird laut den gesetzlichen Bestimmungen streng bestraft.

Einbruchsdiebstahl. Unbekannte Täter drangen in der Nacht zum 23. d. M. in die Restauration des H. Barber in Zebracze ein, entwendeten 10 Liter Liköre, 6 Vierteliter Schnäpse, 6 Kilo Selchfleisch, Sardinen, Schokolade, Zigaretten und 15 Zloty Bargeld. Der Gesamtschaden beträgt gegen 250 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Stadt von Morgen. Am Sonntag, den 28. Februar gelangt um 10¼ Uhr vormittags im Kino „Apollo“, der bereits angekündigte Film: „Die Stadt von Morgen“ zur Aufführung.

Oesterreichischer Hilfsverein! Am 26. Februar 1932 um 20 Uhr findet im Saale „Viribus Unitis“, die diesjährige Generalversammlung statt, zu welcher höfl. eingeladen wird. Jeder Besucher muß sich mit seiner Mitgliedskarte ausweisen. Erscheinen ist Pflicht! Der Vorstand.

Was geht in den Kerkern Mussolinis vor?

Der Arbeiter Oreste Bornelli aus Baricella bei Bologna hatte sich im Jahre 1930 vor den beständigen Verfolgungen der Faschisten ins Ausland geflüchtet. Das heißt, er hatte einen Paß bekommen, in jener Zeit, als die faschistische Regieung Tausenden von Arbeitslosen den Paß geben ließ, um sich nach Frankreich abzuschieben, in der Hoffnung, so die Infektion der Arbeitslosigkeit in die benachbarte Republik zu verschleppen. Bornelli fand Arbeit als Maurer in der Nähe von Toulouse, wo er auch der Liga für Menschenrechte beitrat. Aber er hatte große Sehnsucht nach seiner Familie. Ohne zu bedenken, daß sich faschistische Emigranten in Toulouse befanden, die ihn sicher der italienischen Polizei denunzieren würden, beschloß er zu Weihnachten des vorigen Jahres in die Heimat zurückzukehren. Die ihn zur Bahn Begleitenden merkten ihm an, daß ihn, trotz aller Freude, eine dunkle Vorahnung bedrückte. An der Grenze ließ man ihn durch, aber in seinem Heimatsort wurde er sofort verhaftet. Dieser Tage erhielt nun die Familie die lakonische Nachricht, Bornelli hätte sich im Gefängnis erhängt und sei schon beerdigt worden. Mehrere Briefe stellen einwandfrei fest, daß der Arbeiter im Gefängnis gefoltert worden ist. Man hat ihn schreien hören, hat die Hiebe vernommen, hat das Wimmern des letzten Todeskampfes erlauscht. Von einer Zelle zur anderen hört man so etwas. Und warum hätte sich der Mann, da er zu Hause war, erhängen sollen? Weh dem der Heimweh hat und keine Heimat! Wann werden die Italiener sich endlich ihre Heimat zurückerobern? — Zu einer solchen Hölle wollen die Hitlerianer auch Deutschland machen!

Wo die Pflicht ruft!“

Achtung Metallarbeiter von Bielsko-Biala und Umgebung!

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Bielsko des Verbandes der Metallarbeiter in Polen findet am 28. Februar l. Js., um 9 Uhr vormittags, im großen Saal im Arbeiterheim in Bielsko statt.

Es ergeht an alle organisierten Metallarbeiter von Bielitz-Biala und Umgebung die Einladung, zur Generalversammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Die Genossen Vertrauensmänner der Metallarbeiter von Bielitz-Biala werden ersucht, die entsprechende Anzahl von Einladungen zur Generalversammlung im Sekretariat der Metallarbeiter in Bielitz anzufordern.

Der Obmann.

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Donnerstag, 25. Februar, 7 Uhr: Exekutivsitzung.
Freitag, 26. Februar, 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.
Sonntag, 28. Februar, 5 Uhr nachm.: Vortrag; Thema: „Die Jugendorganisation und ihr Ziel“. Zu diesem Vortrag können auch Gäste erscheinen.

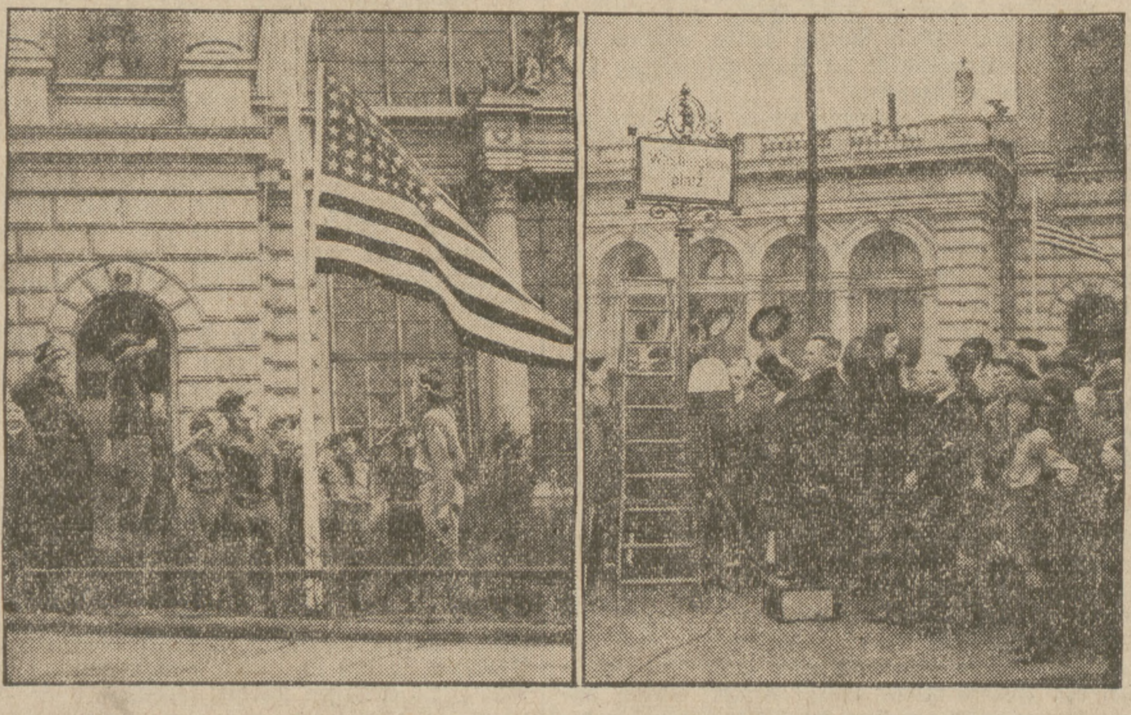
Achtung Arbeitergesangvereine! Dienstag, den 1. 3. findet um 5 Uhr nachm. in der Redaktion eine Gausitzung statt. Nach dem dringende Angelegenheiten zu besprechen sind, wollen alle Vorstandsmitglieder zuverlässig erscheinen. Der Gauobmann.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Bielsko. (Voranzeige.) Die Mitglieder des T. V. „Die Naturfreunde“ Bielsko werden schon jetzt aufmerksam gemacht, daß die diesjährige Generalversammlung am Samstag, den 5. März 1932, um 8 Uhr abends, im Vereinslokal „Tivoli“, Mühlgasse, stattfindet.

Kamitz. Am Samstag, den 27. 2. 1932 findet um 5 Uhr nachmittags im Gemeindegasthaus in Kamitz die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“ mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Lobnitz. Am Sonntag, den 28. Feber 1932, findet um 9 Uhr vormittags im Gasthaus der Frau Susanna Jentner in Lobnitz die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“ in Lobnitz mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Pflicht der Mitglieder ist es, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts“ Nikelsdorf. Samstag, den 27. Februar l. J., findet um 7 Uhr abends, bei Huppert eine Vorstandssitzung statt. Alle Vorstandsmitglieder wollen pünktlich und bestimmt erscheinen.



Die Reichshauptstadt weiht einen Washingtonplatz ein

Links: Amerikanische Pfadfinder hissen bei der Einweihungsfeier das Sternenbanner. — Rechts: Reichstagspräsident Löbe spricht bei der Einweihung des Washingtonplatzes.— Der Platz vor dem Lehrter Bahnhof, auf dem täglich viele Hunderte von Reisenden den ersten Schritt auf den Boden Berlins tun, wurde am 200. Geburtstage Washingtons auf den Namen des großen amerikanischen Freiheitshelden umgetauft.

So leben die Arbeiter Chinas

350 Arbeitstage im Jahr — Oft 14 Stunden Arbeit am Tag — Der Stock als Antreiber — Kinder als Nachtarbeiter — Die ratternde Fabrik als Schlafsaal

Seit der bürgerlichen Revolution von 1912 hat der offene Kampf der Klassen in China nicht aufgehört. Während die nationalliberale Regierung des Bürgertums bestrebt ist, in einem einheitlichen, vom Ausland unabhängigen China eine Industrie und damit modernen Handel und Verkehr aufzuziehen, sind die Generäle an der Aufrechterhaltung der mittelalterlich-feudalistischen Zustände interessiert, weil sie als Provinzgouverneure und Heerführer aus der Verwaltung und dem Kriegsspiel große Reichtümer für sich herausschlagen. Bei der Aufrechterhaltung dieser anarchistischen Zustände werden sie oft von dem industriellen Ausland, insbesondere Japan, unterstützt, das eine chinesische Industrie zu verhindern sucht, um den großen Absatzmarkt für sich zu erhalten. Die vielfache Ueberschneidung dieser Interessen führt zu den heftigsten inneren und äußeren Kämpfen, durch die in erster Linie die ländliche Bevölkerung in erschreckender Weise betroffen wird. Die verelendeten Bauern finden auf ihrem Grund und Boden keine Existenzmöglichkeit mehr und drängen in Scharen in die Städte, wo sie sich dem Frühkapitalismus als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Die Berichte über die Lebensmöglichkeiten und das Elend dieses chinesischen Industrieproletariats unterscheiden sich in keiner Weise von den Berichten aus der Frühzeit des europäischen Kapitalismus, die Ausbeutung ist genau die gleiche. Die folgenden Bilder, die dem ausgezeichneten Werke „China" von Otto Mädchen-Helfen entnommen sind (Buchverlag Kaden und Co., Dresden), zeigen, wie sehr das heutige China dem Europa des vorigen Jahrhunderts ähnelt. Die ständigen Parallelen lassen aber zugleich den weiten Weg erkennen, den die organisierte Arbeiterschaft Europas in 70 Jahren schärfsten Kampfes zurückgelegt hat. W. T.

Die Musterfabrik.

Die Chiu-Ta-Salzraffinerie in Tangku, unweit Tientsin, Provinz Chili, ist der beste Typus der modernen chinesischen Fabrik. Seit dem März 1927 ist dort der Achtstundentag eingeführt. Die Leiter der Fabrik sind im Ausland gebildet worden. Die Fabrik arbeitet rationell. 1916 wurde sie mit einem Kapital von 50 000 Dollar gegründet, das 1920 auf 2 100 000 Dollar erhöht wurde. Im April 1927 waren in ihr 556 Arbeiter beschäftigt, 75 gelernte und 481 ungelernte.

Bis zum Februar 1927 betrug die Arbeitszeit der gelernten Arbeiter 10, der ungelernten 12 Stunden. Jetzt wird in drei Schichten zu je 8 Stunden gearbeitet, ohne daß die Arbeitsleistung gesunken wäre, so daß die Direktion nach den günstigen Erfahrungen den Achtstundentag dauernd beizubehalten gedenkt. Der Arbeiter hat 8½ Tage im Jahre frei: 5½ zu Neujahr, 1½ zum Drachenbootfest und 1½ zum Herbstfest. Sonst wird tagaus, tagein gearbeitet. Heiratet ein Arbeiter oder stirbt ihm die Frau oder eines der Eltern, erhält er bis zu 30 Tagen bezahlten Urlaub (weil die Entfernungen in China so groß sind). Von 289 Arbeitern erhielten 19 solche Urlaube. Angenommen, der Urlaub betrage je 25 Tage, so erhöht sich die Zahl der freien Tage dadurch auf 10. Von den 365 Tagen des Jahres sind also 355 volle Arbeitstage. Die Löhne sind Monatslöhne. Sie betragen für ungelernte Arbeiter 8 bis 16, für gelernte 9 bis 32 chinesische Dollar. In früheren Jahren wurden die Arbeiter von der Fabrik verköstigt. Das wurde abgeschafft. Ebenso stellte die Fabrik die früher übliche Austeilung von Neujahrsgeschenken ein. Sie gibt auch nicht mehr, wie sie es früher tat, zwei Anzüge im Jahr. Die Arbeiter sind nicht mehr Handwerksgesellen, sondern Proletarier.

Die Fabrik gibt Arbeitern in Werkwohnungen freies Quartier. In den Schlafsälen — andere Räume gibt es nicht! — schlafen je 12 Arbeiter. Beleuchtung und Beheizung gehen auf Kosten des Betriebes. Arbeiter, die ihre Familien im Ort haben, können zum Teil Quartier in der Fabrik gehörigen Häusern bekommen. In der Fabrikküche bezahlt man mit Speisemarken gegen entsprechenden Abzug vom Lohn. In einer Schule, die der Betrieb unterhält, wird Erwachsenen Unterricht erteilt. Drei Jahre lang werden die Arbeiter an drei bezw. vier und fünf Stunden in der Woche im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet. Die Arbeiter unter 25 Jahren sind zum Schulbesuch verpflichtet, 52 Prozent der Arbeiter besuchen die Schule.

Aber, die invalid werden und länger als 10 Jahre im Betrieb beschäftigt waren, erhalten eine Abfindung von 50 bis 150 Dollar. Bis jetzt erhielt nur einer, der erblindet ist, 100 Dollar. Die Entschädigung für Unfälle beträgt 20 bis 100 Dollar bei tödlichen Unfällen — es hat sich noch keiner ereignet — zahlt das Unternehmen der Familie 60 bis 200 Dollar. Stirbt ein Arbeiter nicht durch Unfall, gibt die Fabrik der Familie 50 Dollar, bei großer Armut auch den Sarg. Durch seine Wohlfahrtseinrichtungen ragt dieses Unternehmen weit über andere chinesische und fremde hinaus.

Bauern werden Fabrikarbeiter.

Lin Sung-ho, der Verfasser der gründlichen Arbeit über die Fabrikarbeiter in Tangku, untersuchte sorgfältig die Verhältnisse von 86 Arbeitern, die in den Werkswohnungen wohnten. 51 von den 86 Arbeitern waren, bevor sie Fabrikarbeiter wurden, Bauern, Eigentümer, wenige Pächter. Der Gründe, die die Leute aus dem Dorf in die Fabrik treiben, sind viele. Naturkatastrophen, wie Ueberflutungen und Hungersnöte, und soziale Störungen, Räuberwesen und Bürgerkrieg, scheinen ganze Landstriche in verschiedenen Teilen Chinas geradezu unbewohnbar gemacht zu haben. Viele Bauern waren gezwungen, ihr Haus zu verlassen und in der Stadt Arbeit zu suchen.

Die Uebersiedlung vom Dorf in die Stadt ist für die Familie vielfach gleichbedeutend mit dem Aufgeben des Bodenbesitzes für immer, die Familie in der Stadt ist eine andere als die im Dorf. Die Verelendung der Bauernschaft erzeugt somit eine ungeheure industrielle Reservearmee. Als erster kommt der junge Bauer in die Fabrik, nach und nach folgen ihm Frau und Kind. Die Großfamilie zerfällt. Der kleine Besitz im Dorf geht verloren. Aus dem Bauer wird der Arbeiter, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft. Das Verhältnis der Fabrikleitung zum Arbeiter hat nichts mehr von dem Patriarchalischen des Handwerks an sich. Der Lohn ist reiner Geldlohn, von der alten Naturalentlohnung ist nur noch das freie Quartier geblieben. Den Bauern umfängt eine ganz neue Welt.

Das Paradies für den Unternehmer.

Der englische Konsul in Chifu hat für China das seither oft zitierte Wort geprägt: „Ein Paradies für den Unternehmer". Das Paradies des Unternehmers ist die Hölle des Proletariats. Alle Schrecken des Frühkapitalismus — Elendslöhne, ein Arbeitstag, der in der Morgendämmerung beginnt und im Dunkel endet, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Mangel jeder Schutzgesetzgebung, Behandlung der Arbeiter durch die Aufseher, als ob sie Tiere wären — alle finden sich in China wieder. Für die Großindustrie sollte das Gesetz über den Achtstundentag gelten. Es ist zwar veröffentlicht worden, es in Kraft zu setzen, wurde aber bis jetzt nicht der geringste Versuch gemacht. In den Industrien, die mechanische Kraft verwenden, arbeitet man häufig 14 bis 17 Stunden am Tag. Viele große Betriebe beginnen zum Zweischichtensystem überzugehen, 12 Stunden Arbeit ohne Pausen für die Mahlzeiten. In den Schanghaier Seidenspinnereien beträgt die Arbeitszeit oft 14½ Stunden, Wirkerinnen arbeiten 14, 16 und sogar 17 Stunden. Während der Hochkonjunktur in der Textilindustrie in den letzten Jahren mußten die Arbeiter, auch die Frauen und Kinder, zwei Nächte in der Woche arbeiten. In manchen Zündholzfabriken arbeitet man von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Diese Arbeitszeit gilt auch für Kinder! Unfälle sind häufig. Nach Angaben der Aerzte werden die meisten Verunglückten abends, gegen Ende des Arbeitstages, in das Krankenhaus gebracht, vor allem Kinder mit verletzten Händen. Sonntagsruhe ist dort fast unbekannt.

In der Wen-Ming-Zündholzfabrik in Kanton arbeiten fast ausschließlich Frauen und Kinder 12 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Frei haben sie nur an den chinesischen Feiertagen, Neujahr, Drachenbootfest und Herbstfest. In den Spinnereien arbeitet man 12 Stunden. Die Arbeiter schlafen in der Fabrik. In Chang-sha wird in zwei Schichten je 12 Stunden gearbeitet, auch an Sonntagen. Das gleiche gilt für die Münze, die Bleiwerke und das Elektrizitätswerk. Kupferarbeiter haben einen Arbeitstag von 14 bis 15 Stunden, 40 Prozent sterben lungenkrank. In den Seidenspinnereien in Chifu wird eine bestimmte Leistung verlangt, für die die Arbeiterinnen 10 bis 15 Stunden gebrauchen. Alle müssen in der Fabrik leben. Die vor Eintritt der Dunkelheit fertig werden, dürfen ausgehen, müssen aber vor Anbruch der Nacht zurückkehren. Das bedeutet, daß nur wenige, außer bei besonderen Anlässen, aus der Fabrik herauskommen. Wenn sie abends die Arbeit beenden, legen sie sich auf den Fußboden, auf Bretter oder im Fabrikhof schlafen. Bei Tagesanbruch stehen sie auf, rollen ihre Decken zusammen und legen sie in einen Winkel, bis sie sie abends wieder ausbreiten. So arbeiten, essen und schlafen sie in denselben Räumen. Es ist überflüssig, noch mehr Beschreibungen dieser Art anzuführen. sie gelten mit Variationen für die meisten Industrien Chinas.

Mit Stock und Peitsche.

Aus der Werkstatt und vom Acker, aus dem Dorf der Väter vertrieben, muß der Arbeiter in einer ihm unverständlichen neuen Welt leben. Die alten Bindungen, der Clan, die Landsmannschaft, die Zunft sind zerrissen. Der Arbeiter hat es nicht mehr mit dem Meister, einem guten oder schlechten, aber doch einem Menschen zu tun, sondern mit Vorschriften, die nicht zu ändern sind, die auszuführen ihn der Aufseher, den Stock in der Hand, zwingt. Diesem Zwang, die Einordnung in einen Rhythmus der Arbeit, durchaus verschieden von jenem, in dem sie früher zu leben gewohnt waren, läßt die Arbeiter die Fabrik mehr hassen als den niedrigen Lohn und die lange Arbeitszeit.

Es sind besonders die fremden Unternehmer, im besonderen wieder die japanischen, die den Stock für das einzige Mittel halten, den Bauernburschen und Handwerksgesellen Arbeitsdisziplin beizubringen. Die Erbitterung, mit der die chinesischen Proletarier gegen die ausländischen Herren gekämpft haben und kämpfen, hat eine der wichtigsten Ursachen in dieser unmenschlichen Behandlung, die sie erdulden müssen. In vielen Fabriken tragen die Aufseher Peitschen und Bambusstöcke, mit welchen sie die Arbeiter schlagen. In den Schanghaier Spinnereien kommen immer wieder Fälle vor, daß junge Arbeiter zu Tode geprügelt werden. Das ärgste sind nicht der niedrige Lohn und der endlose Arbeitstag, das ärgste ist die Behandlung, die die Arbeiter hinnehmen müssen. Sie werden wie Sklaven behandelt!

Kinderarbeit.

Besser als lange im Grunde nichtssagende Lohnstatistiken, zeigen die Arbeitsbedingungen für Kinder, wie unvorstellbar niedrig der Lohn in der modernen Fabrik ist. Der Bericht der Schanghaier Kinderarbeitskommission aus dem Jahre 1924 entwirft ein Bild, so unfaßbar grauenhaft, daß man sich der Berichte aus den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts über die Kinderarbeit in der englischen Industrie erinnern muß, um sie überhaupt glauben zu können. Die Kommission bestand aus Ausländern, Amerikanern, Engländern und Japanern, und war alles andere als sentimental. Dennoch mußte sie schreiben: „Es ist schwierig, genau das früheste Alter, in dem die Kinder zu arbeiten beginnen, festzustellen. Die Kommission sah aber viele Kinder, die nicht älter als 6 oder 7 Jahre sein können. In vielen Spinnereien sind die Verhältnisse während der Nachtschicht nach westlichen Begriffen höchst ungewöhnlich. Zwischen den rasenden und lärmenden Maschinen liegen Reihen von Körben mit schlafenden oder wachen Säuglingen und Kindern. Kinder, die arbeiten sollen, aber zu müde geworden sind oder die sich die mangelnde Aufsicht zunutze machen, schlafen überall in den Ecken, manche offen, andere in Körben, unter Rohbaumwolle versteckt. Die Kommission bemerkte, wie eine Warnung gepfiffen wurde, als sie kam, und viele Kinder aufgeweckt von ihren Nachbarn zu den Maschinen zurückeilten. In den Seidenspinnereien zeigten viele Kinder ein eigenartig regelmäßiges und schnelles krankhaftes Auf- und Abwärtsbewegen des Körpers, indem sie die Knie nachließen und wieder streckten. Auf ihren Gesichtern fehlt jeder Ausdruck von Glück oder Wohlbefinden."

Nur die allerbitterste Not zwingt den Chinesen, sein Kind in dieser Hölle arbeiten zu lassen. Wo versucht wurde, die Kinderarbeit einzuschränken, stieß dieser Versuch oft auf den Widerstand der Arbeiter selbst. Sie gaben die Kinder für älter aus als sie waren — sie können, so lange ihre Löhne so niedrig sind, das Einkommen aus der Kinderarbeit nicht entbehren. Selbst die Musterbetriebe bezahlen ihre Arbeiter so kläglich, daß sie gerade noch leben können, pferchen sie in Baracken, zwingen sie, Schulden zu machen, wenn ihre Familie nicht verhungern soll. Die Masse der Fabrikarbeiter lebt so, wie überall in der Epoche des Frühkapitalismus das Proletariat gelebt hat. Dazu eine Armee von halbverhungerten Heimarbeitern und Schwarzarbeitern und Millionen Handwerksgesellen — das ist das Proletariat und Vorproletariat Chinas.

Chinesische Gewerkschaften?

Angenommen, die Arbeiterfamilie umfasse 4, 5 Personen, so erhält man, unter Berücksichtigung der Frauen- und Kinderarbeit, eine moderne Arbeiterbevölkerung von rund 8 bis 8½ Millionen. Das sind noch nicht 2 Prozent der Bevölkerung Chinas. Wieviele Arbeiter es im Handwerk und in der Manufaktur, wieviele Kulis, Sampanführer, wieviele Verkäufer, Diener, Köche, Heimarbeiter es gibt, ist in gar keiner Weise zu bestimmen. Gewiß ist nur, daß die Zahl der Handwerksgesellen und der Arbeiter in der Manufaktur die der Fabrikarbeiter weit übertrifft.

Wie führen diese Arbeitermassen ihren Lohn- und Klassenkampf? 1918 gab es in China keine Gewerkschaft, doch schon auf dem ersten chinesischen Gewerkschaftskongreß, im Mai 1922 in Kanton, vertraten 200 Delegierte nicht weniger als 300 000 Mitglieder. Und in den folgenden Jahren ging es stürmisch aufwärts. 1925 hatten die Gewerkschaften 570 000 Mitglieder, 1926, auf dem dritten Kongreß, waren es 1 264 000, in acht Jahren von Null auf 1¼ Millionen! Alle angeschlossen der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau, also offenbar revolutionäre marxistische, moderne Gewerkschaften?

Der Transportarbeiterverband in Kanton, eine Spitzenorganisation mit 8000 Mitgliedern, umfaßte 1925 26 einzelne, voneinander vollkommen unabhängige „Gewerkschaften". Die 15 000 Handelsangestellten hatten nicht weniger als 23 Gewerkschaften. In Hongkong, das dem Kuangtunger Gewerkschaftsbund angeschlossen war, gab es 15 verschiedene Holzarbeitergewerkschaften. Eine Gewerkschaft für die Zahnbürstenarbeiter hatte nicht die mindeste Verbindung mit der Gewerkschaft der Kleiderbürstenarbeiter. Es gab eine Gewerkschaft der Tischler einfacher Möbel, eine der Tischler, die Möbel aus schwarzem, eine derer, die Möbel aus Bambusholz verfertigten. Gar nichts zu tun hatte mit ihnen die Gewerkschaft der Holzschachtelarbeiter.

Es ist unschwer zu sehen, daß diese „Gewerkschaften" mit dem, was in Europa unter Gewerkschaft verstanden wird, nur wenig gemeinsam haben können. Sie sind in der Tat nichts anderes als die uralten chinesischen Zünfte und Gilden, die auf dem Wege sind, Gewerkschaften zu werden, es aber noch lange nicht wirklich sind. —

Innerhalb der Zünfte und Landsmannschaften beginnt jetzt eine Scheidung nach Klassen. Sie beginnt mit der Ab-

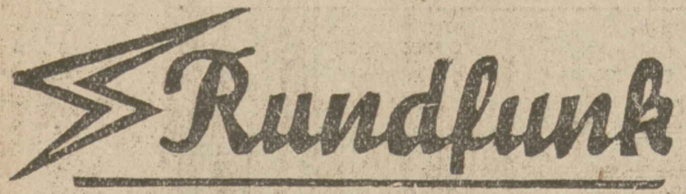


Auch Frankreich hat seine Studenten-Tumulte

Die Pariser Polizei geht gegen Studenten vor, die anläßlich des Sturzes des Kabinetts Laval große nationalistische Demonstrationen veranstalteten.

haltung getrennter Versammlungen. Meister und Gesellen in der Zunft der Räucherkerzenerzeuger in Peking haben zwar noch eine gemeinsame Organisation, die beiden Gruppen versammeln sich aber schon zu verschiedenen Zeiten. Die Pekinger Schuhmachermeister haben bereits eine eigene Zunft, die Gesellen ebenso, die alte Zunft ist verschwunden. Die Landsmannschaften aus Anhui und Hunan in Schanghai haben sich gespalten; die Arbeiter besitzen nunmehr ihre gesonderten Landsmannschaften. Die Aufgaben der Zünfte und Gilden werden mehr und mehr vom Staat übernommen. Im Großbetrieb zerbricht der alte persönliche Kontakt zwischen Unternehmer und Arbeiter, eine Folge der wachsenden Industrie, scheidet für immer mehr Arbeiter die Zunft als mögliche Organisation aus.

In den Großbetrieben fanden die erwachten, wachgerüttelten Massen diese Formen nicht oder kaum vor. Die Gewerkschaften, die sich dort bildeten, entstanden während der sehr häufig spontan ausbrechenden Streiks. Die Streikkomitees — das war der Gewerkschaftsapparat, die Streikenden — das waren die Gewerkschaftsmitglieder. Man hat mit Recht bemerkt, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur die Zahl derer bedeutet, die gegebenenfalls streiken. Mit der geradezu angeborenen Fähigkeit solidarischen Handelns schufen sich die Arbeiter in den Großbetrieben Gewerkschaften, die keine Gewerkschaften waren, sondern zeitweilige Zusammenschlüsse zum Angriff oder zur Abwehr. Diese Gewerkschaften der Großbetriebe kommen, trotz ihrer Schwäche, der modernen Gewerkschaft noch am nächsten.



Kattowitz — Welle 408,7

Freitag. 12,10: Mittagskonzert. 16,55: Englisch. 19,20: Vortrag. 20,15: Unterhaltungskonzert. 23: Vortrag.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag. 12,10: Mittagskonzert. 14,45: Schallplatten. 15,15: Vorträge. 17,35: Orchesterkonzert. 18,05: Vorträge. 20,15: Symphoniekonzert. 22,50: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Freitag, 26. Februar. 9,10: Schulfunk. 16: Stunde der Frau. 16,25: Lieder. 16,50: Unterhaltungskonzert. 17,40: Landw. Preisbericht; anschl. Das Buch des Tages. 18: Die Berufsaussichten bei der Schutzpolizei. 18,25: Wetter; anschl.: Das wird Sie interessieren! 18,40: Abendmusik. 19,30: Blick in die Zeit. 20: Boris Godunow. In der Pause: Abendberichte. 22,30: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,50: Tanz- und Unterhaltungskonzert. In der Pause: Die tönende Wochenschau.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Groß-Kattowitz. Am Freitag, den 26. Februar d. Js., abends 6½ Uhr, findet im Zentralhotel, Parteibüro, eine Vorstandssitzung statt. Da Besprechung für die Maifeier, werden auch die Vertreter der Kulturvereine, sowie der Gewerkschaften (Ortsausschuß) ersucht, an dieser teilzunehmen.

Chropaczow. Am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Scheliga (Kaboth) eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Gorny.

Nikolai. Am Sonnabend, den 27. Februar, um 6 Uhr abends, findet die fällige Versammlung der D. S. A. P., sowie auch der Arbeiterwohlfahrt, im bekannten Lokale, auf der ulica Miarki statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Knurow. Am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2½ Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint der Genosse Raiwa.



„Wer redet hier von Krieg?"

Durch die amerikanische Presse geht jetzt diese Karikatur, die das Verhalten des Völkerbunds zu Japan glossiert: die Kriegsmacht Europas wird vom Fräulein Völkerbund mit dem japanischen Fächer eingeschläfert.

Achtung, Metallarbeiter!

Nach § 33, Abs. 2 des Verbandsstatut, sowie des Abs. 6 des Bezirks-Statuts für Polnisch-Oberschlesien wird für den 28. Februar d. Js. vormittags ½10 Uhr, die Generalversammlung der Ortsverwaltung Königshütte (Bezirksverwaltung) für Polnisch-Oberschlesien einberufen.

Tagesordnung:

1. Berichte: a) Bevollmächtigten, b) Kassierer, c) Revisoren.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung (Bezirksleitung).
3. Anträge.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind berechtigt die Ortsverwaltung (Bezirksleitung), der Bevollmächtigte und Kassierer, der örtlichen Leitungen sowie die in der örtlichen Generalversammlung auf je 50 Mitglieder gewählten Delegierten.

Anträge müssen bis spätestens 20. Februar d. Js. einlaufen.

Die Ortsverwaltung. Bezirksleitung des D. M. V.

Kattowitz und Umgegend. Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß wir unsere Sprechstunden und zwar, wie folgt, geändert haben. Jeden Dienstag, Freitag und Sonnabend, von 4 bis 7 Uhr nachmittags, sowie jeden Sonntag nach dem 15., von 10 bis 12 Uhr vormittags. Unterstützungen werden nur am Freitag und Sonnabend ausgezahlt. Die Kollegen werden ersucht, sich an diese Tage zu halten.

Jahreskonferenz des Bergbauindustrieverbandes Polnisch-Schlesien.

Am Sonntag, den 6. März d. Js., vormittags 9½ Uhr, findet im Volkshaus, Krol.-Huta, unsere diesjährige

Jahreskonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung.
2. Bericht von der Reichskonferenz am 6. und 7. Februar 1932 in Bochum (Kam. Kossahl).
3. a) Geschäftsbericht (Kam. Nietsch), b) Kassenbericht (Kam. Nietsch), c) Revisionsbericht (Kam. Wrozyna, Helisch, Smolka).
4. Allgemeine Aussprache.
5. Neuwahl des Geschäftsstellenkommissionsvorstandes.
6. Wirtschaftslage und Lohnbewegung (Kam. Herrmann).
7. Anträge und Verschiedenes.

Alle Zahlstellen sind verpflichtet, entsprechend § 42 Zif. 3 unseres Verbandsstatutes, Vertreter zu entsenden. Zahlstellen bis 100 Mitglieder entsenden einen, Zahlstellen über 100 Mitglieder zwei Delegierte.

Jede Zahlstelle, die Betriebsratmitglieder unseres Verbandes hat, entsendet, je Anlage, auch einen Delegierten. Auch Knappschaftsälteste unseres Verbandes sind hierzu eingeladen.

Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Bergbauindustrieverband

Emanuelssegen. Am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Kukofta Versammlung. Referent zur Stelle.

Maschinisten und Heizer.

Friedenshütte. Am Sonntag, den 28. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Machulski Mitgliederversammlung. Kollegen, erscheint vollzählig.

Deutscher Sozialistischer Jugendbund in Polen.

Am Sonntag, den 28. Februar, findet im Vereinszimmer des Volkshauses Krol.-Huta die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Delegierten der einzelnen Ortsgruppen haben pünktlich zu erscheinen. Die Konferenz fängt, ohne Rücksicht auf die erschienenen Delegierten, pünktlich um 3 Uhr an. Diese haben sich mit dem Mitgliedsbuch und der Delegiertenkarte auszuweisen. Die Bezirksleitungsmitglieder haben eine Stunde vor der Konferenz zu erscheinen, wegen einer vorherigen Besprechung. Gäste sind hierzu willkommen. Die Bezirksleitung.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Donnerstag: Nach Bedarf.
Freitag: Theaterprobe.
Sonntag: Delegiertenversammlung mit Schlittenpartie nach Krol.-Huta. Abfahrt 2 Uhr vom Zentralhotel.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Donnerstag, den 25. Februar: Diskussionsabend. Referent: Genosse Gorny.
Freitag, den 26. Februar: Turnen.
Sonnabend, den 27. Februar: Kursus vom B. f. A.
Sonntag, den 28. Februar: Kursus und Bezirkskonferenz D. S. J. P.

Arbeiter-Esperanto.

Alle Arbeiter-Esperanto-Gruppen der Wojewodschaft Schlesien werden hierdurch ersucht, ihre Vertreter, bezw. Delegierten, zu der am Sonntag, den 20. März d. Js., nachm. 3 Uhr, in Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Dom Ludowy), stattfindenden Konferenz, zwecks weiteren Zusammenschlusses, innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, zu entsenden. Die Tagesordnung wird von der Konferenz aufgestellt. Zweckdienliche Anfragen sind zu richten an Alois Parczyk, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Zentralbibliothek des B. f. Arbeiterbildung).

Freie Sänger.

Emanuelssegen. Am Sonntag, den 28. Februar d. Js., findet in der Privatschule, vormittags um 10,30 Uhr, eine wichtige Versammlung des Arbeiterchors „Uthmann" statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Freie Turner.) Da an der letzten angesetzten Generalversammlung, die Zweidrittel-Mehrheit nicht anwesend war, wurde selbige auf Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 4 Uhr, vertagt. Wir bitten alle Mitglieder, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß, ohne Rücksicht auf die Besucherzahl, am genannten Sonntag die Versammlung im Volkshaus, Büfettzimmer, abgehalten wird.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Königshütte. Dienstag, den 1. März findet im Vereinszimmer des Volkshauses, pünktlich um 8 Uhr, die Mitgliederversammlung statt.

Zalenze. Der Arbeiter-Esperantoverein „Konkordo" veranstaltet am Sonntag, den 28. Februar d. Js., vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Klossek, ulica Wojciechowskiego 76, die Generalversammlung. Die Kameraden werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. Gäste willkommen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte und Umgegend. (Teilnehmer am Wochenendkursus.) Der Wochenendkursus für Königshütte u. Umgegend fängt am Sonnabend, den 27. Februar, abends ½7 Uhr, im Volkshaus Königshütte, ulica 3-go Maja 6, an. Alle Teilnehmer, die sich dazu gemeldet haben, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Funktionäre der Gewerkschaften, wie Vorsitzende, Kassierer, Betriebsräte, Vertrauensleute, sind mit eingeladen.